



Foto: Sebastian Gollnow / picture alliance / dpa

Bundesgesundheitsministerin Nina Warzen zeigt sich entschlossen, Kürzungen zum Ausgleich des Finanzdefizites der Kassen durchzusetzen.

SoVD-Vorstandsvorsitzende mahnt Warzen zu Nachbesserungen im GKV-Reformentwurf

Versicherte nicht weiter belasten

Laut Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) soll sie eine der größten Sozialstaatsreformen werden. Doch der von Bundesgesundheitsministerin Nina Warzen (CDU) vorgelegte Entwurf zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung stößt auf Kritik. Bei einem persönlichen Treffen mahnte die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier zu Nachbesserungen. Der Entwurf belaste Versicherte erheblich. Warzen zeigte sich am inhaltlichen Austausch interessiert.

Die Zeit drängt: Schon am 29. April (Stand bei Redaktionsschluss am 24. April) soll der Entwurf des Bundeskabinetts passieren. Plan ist, das Gesetz bis zur Sommerpause im Deutschen Bundestag zu verabschieden. Es sei Jahrzehnte her, dass in diesem Umfang einmal das gesetzliche Krankenversicherungssystem reformiert worden sei, so der Bundeskanzler. „Wir werden es tun!“

Basis für das Reformvorhaben sind 66 Vorschläge einer

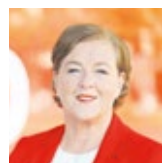
Expert*innenkommission, die die Gesundheitsministerin im Vorfeld eingesetzt hatte.

Kürzungen im Vordergrund – auch im Leistungsbereich

Mit ihnen will die Regierungskoalition einen weiteren Anstieg der Krankenkassenbeiträge abwenden. Erreicht werden soll die Stabilität in erster Linie durch eine Begrenzung der Ausgaben. Demnach stehen im Gesetzentwurf Kürzungen im Vordergrund, auch im Leistungsangebot.

Warzen zeigt sich entschlossen, über drei Viertel der von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen zu realisieren, um die Sparvorgaben der Bundesregierung umzusetzen. Sie will mit der Reform bereits im kommenden Jahr eine Finanzlücke von 15 Milliarden Euro schließen, die ohne Reformen – so die Bundesgesundheitsministerin – bis 2030 auf rund 40 Milliarden Euro anwachsen würde.

Bereits vor der Verhandlung
Fortsetzung auf Seite 2



Blickpunkt

Der Entwurf des GKV-Beitragsstabilisierungsgesetzes verfolgt ein legitimes Ziel. Angesichts steigender Gesundheitskosten und wachsender finanzieller Belastungen für Versicherte ist es richtig und notwendig, die stetige Erhöhung der Beiträge zu begrenzen. Wir begrüßen es, wenn dabei Anreize zu ineffizienter Leistungserbringung oder ungerechtfertigte Kostenverlagerungen korrigiert werden. Doch leider gefährdet der Gesetzentwurf in seiner aktuellen Fassung an vielen Stellen das Solidarprinzip in der

Gesundheitsversorgung. So wird zur Stabilisierung der Beiträge vorwiegend auf Maßnahmen gesetzt, die direkt bei den Beitragszahlenden ansetzen. Höhere Zuzahlungen und Kürzungen beim Krankengeld treffen ausgerechnet kranke Menschen, die in einem hohen Maß auf Solidarität angewiesen sind. Das ist umso mehr inakzeptabel, als der Bund gleichzeitig eine steuerfinanzierte Übernahme der Versicherungsbeiträge für Grundsicherungsbeziehende strikt verweigert. Hier geht es um eine gesamtgesellschaft-

liche Aufgabe, die zu den Kernpflichten des Sozialstaates gehört. Eine tragfähige Reform der GKV-Finzen erfordert politischen Mut zur fairen Lastenteilung – zwischen Versicherten, Arbeitgebenden, Leistungserbringenden und vor allem dem Staat selbst. Wir fordern entsprechende Nachbesserungen und werden unseren Forderungen mit einem Schreiben an alle Bundestagsabgeordneten demokratischer Parteien Nachdruck verleihen!

Michaela Engelmeier
SoVD-Vorstandsvorsitzende

Machen Sie mit
bei der großen
Mitgliederumfrage
Seite 24

Frauen besser vor Gewalt schützen

Bundesweite Proteste

Seite 5



Nächste Phase der Klinikreform

Bundesrat stimmt
Anpassungsgesetz zu

Seite 4



Pflegebedürftige im Stich gelassen

Reformpläne würden zu
Verschlechterungen führen

Seite 3



Hier befindet sich das
Adressfeld für die Etikettierung
im Einzelversand

SoVD-Vorstandsvorsitzende mahnt Bundesgesundheitsministerin zu Nachbesserungen im GKV-Reformentwurf

Versicherte nicht weiter belasten

Fortsetzung von Seite 1

im Bundeskabinett gilt deshalb als sicher: In fast allen Bereichen des Gesundheitssystems ist mit Einschnitten zu rechnen. Die Kürzungsmaßnahmen betreffen Ärzt*innen, Krankenhäuser, Pharmahersteller, Apotheken, Krankenkassen, Versicherte und deren Arbeitgeber*innen.

Warken will mit Maßnahmen 20 Milliarden Euro sparen

Generell soll laut Warken künftig bei Preisen und Vergütungen eine Koppelung an die Einnahmenentwicklung greifen. Stärker als bislang werde die Übernahme von Kosten für medizinische Maßnahmen an einen „nachweisbaren Nutzen“ geknüpft sein. Vor bestimmten Eingriffen ist es künftig Pflicht, eine zweite medizinische Meinung einzuholen.

Bei den Ärzt*innen will man für bestimmte Leistungen die Bezahlung außerhalb der gültigen Honorarbudgets streichen. Das soll etwa für offene Sprechstunden oder die Erstbefüllung und Aktualisierung von Patient*innenakten gelten. Für Medikamente sind günstigere Rabattverträge auszuhandeln.

Neben den Einsparungsmaßnahmen vor allem bei den Leistungserbringenden und teilweise bei der Pharmaindustrie will Warken die Arbeitgeber*innen

und – einmal mehr – auch die Beitragszahlenden in den Fokus nehmen. So kommen auf Familienversicherte mit hoher Wahrscheinlichkeit schon ab 2028 Einschränkungen bei der beitragsfreien Mitversicherung von Ehepartner*innen zu. Angedacht ist in diesem Kontext ein einkommensabhängiger Beitrag. Kinder und Elternteile von Kindern unter sieben Jahren sowie Eltern von Kindern mit Behinderung sollen hingegen beitragsfrei mitversichert bleiben. Dies gilt auch für Rentner*innen und pflegende Angehörige.

Als weitere Maßnahmen sind eine Absenkung der Höhe des Krankengeldes um fünf Prozent, die Einführung eines Teilkrankengeldes sowie eine Begrenzung der Gesamtbezugsdauer des Krankengeldes (auf 78 Wochen in drei Jahren) vorgesehen. Im Gespräch ist demnach auch eine Reduzierung der Festzuschüsse für Zahnersatz. Darüber hinaus sind Erhöhungen von 50 Prozent bei den Zuzahlungen geplant.

SoVD begrüßt Korrekturen bei Fehlvergütungsanreizen

Im Rahmen des persönlichen Austausches mit der Bundesgesundheitsministerin am 20. April stellte die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier zunächst fest, dass Korrekturen



Foto: Racle Fotodesign/Adobe Stock

Es widerspricht dem Solidarprinzip, Versicherte und Beitragszahlende noch mehr zu belasten, um das GKV-Finanzdefizit zu verringern. So argumentiert der SoVD gegenüber Warken.

an Stellen, wo in der Gesetzgebung verankerte Vergütungsanreize und Preissteigerungen Mehrkosten verursacht haben, ohne dass hiermit zusätzliche Leistungen oder eine Verbesserung der ärztlichen Versorgung verbunden gewesen wären, aus SoVD-Perspektive richtig sind. Dies gelte zum Beispiel für die Extravergütungsregelungen des Terminservice- und Versorgungsgesetzes. „Laut Evaluationsbericht gab es dadurch weder Verbesserungen bei den Wartezeiten noch eine höhere Anzahl von Sprechstunden für gesetzlich Versicherte“, so Engelmeier.

Denkbar ist aus Sicht des Verbandes auch, dass das Einholen einer medizinischen Zweitmeinung vor bestimmten Eingriffen verpflichtend werden könnte: „Ein verbindliches Zweitmeinungsverfahren bei Knie- oder Hüftprothesen verhindert eine mögliche Fehlversorgung und senkt zugleich Kosten“, sagte die SoVD-Vorstandsvorsitzende.

Patient*innen sind zur Genüge zur Kasse gebeten worden

Hingegen lehnt der SoVD andere Vorhaben entschieden ab. „Vor allem die einseitige Belastung von Versicherten verfehlt aus unserer Sicht grundsätzliche sozialpolitische Zielsetzungen“, machte Michaela Engelmeier gegenüber Nina Warken deutlich. „Die geplanten Maßnahmen gehen an den tatsächlichen Herausforderungen vorbei und drohen die solidarische Gesundheitsversorgung weiter auszuhöhlen!“ Bereits heute trügen die Versicherten und ihre Arbeitgeber*innen maßgeblich die Finanzierung der GKV.

Sie verwies darauf, dass in den vergangenen Jahren auch die Zusatzbeiträge erheblich gestiegen sind. „Je nach Krankenkasse liegen die Zusatzbei-

träge derzeit zwischen 2,18 und 4,39 Prozent!“ Vor diesem Hintergrund sei es falsch und irreführend, den Versicherten nun einen zusätzlichen „besonderen Beitrag“ abzuverlangen. „Versicherte, Beitragszahlende und Patient*innen sind zur Genüge zur Reduzierung des Finanzdefizites durch Kostensteigerungen, Leistungskürzungen und Beitragserhöhungen herangezogen worden.“

Bund entzieht sich seiner Finanzierungsverantwortung

„Wir akzeptieren keine weiteren Leistungskürzungen und Mehrbelastungen der Versicherten – umso weniger, als sich der Bund seiner eigenen Finanzierungsverantwortung entzieht“, argumentierte Engelmeier.

Hintergrund ist hierbei, dass Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) den Vorschlag blockiert, Gesundheitskosten für Grundversicherungsbeziehende aus dem Bundeshaushalt zu übernehmen, wodurch Versicherte Milliarden sparen könnten. „Diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe muss vor allem aus Steuermitteln umgesetzt werden, nicht von den GKV-Beitragszahlenden.“

Die SoVD-Vorstandsvorsitzende kritisierte überdies die im Gesetzentwurf angelegte zu starke Orientierung der Ausgaben an den Einnahmen. Dies berge die Gefahr einer „Gesundheit nach Kassenlage“, sagte sie. Stattdessen brauche es eine konsequente Ausrichtung der Versorgung an den tatsächlichen Bedarfen der Patient*innen. „Eine bedarfsgerechte, evidenzbasierte Versorgung kann nicht nur die Qualität verbessern, sondern auch ineffiziente und renditegetriebene Ausgaben reduzieren“, so Engelmeier.

Auch Inkonsequenzen fallen dem SoVD negativ ins Auge: So ist zwar die außerordentli-

che Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze zu begrüßen, weil hiermit höhere Einkommen stärker zur Finanzierung herangezogen werden. Aus SoVD-Sicht müsste die Politik allerdings konsequenter weitergehen, indem sie die GKV-Bemessungsgrenze auf das Niveau der Rentenversicherung anhebt. Deutliche Kritik übte Engelmeier auch am Vorhaben höherer Zuzahlungen. „Das belastet ausgerechnet kranke Menschen zusätzlich – ein Widerspruch zum Solidarprinzip, der soziale Ungleichheiten vertieft“, betonte sie.

SoVD: Ausgabenseite ist ebenfalls zu betrachten

Die SoVD-Vorstandsvorsitzende forderte, die notwendigen Reformen fairer und ausgewogener zu gestalten und hierbei angesichts der vorhandenen Defizite auch die Ausgabenseite in den Blick zu nehmen: „Wir sehen Potenziale für Einsparungen, vor allem dort, wo Beitragsgelder aus dem System abfließen, oder an Stellen, wo unnötige Doppelfinanzierungen entstanden sind.“

Kritisch sei schließlich das geplante Tempo des Gesetzgebungsverfahrens zu bewerten. „Eine Reform dieser Tragweite beschließt man nicht im Eilverfahren. Hier braucht es ausreichend Zeit für eine fundierte Debatte und die Beteiligung der Verbände sowie der Öffentlichkeit“, so Engelmeier.

Das Gespräch mit der Bundesgesundheitsministerin war vom Interesse am inhaltlichen Austausch geprägt. Warken nahm die Bedenken und die Kritik des SoVD sehr aufmerksam zur Kenntnis. Sie signalisierte zudem, in einer der kommenden Ausgaben der SoVD-Zeitung für ein Interview zur Verfügung zu stehen.

Veronica Sina



Foto: SoVD

V. li.: Fabian Müller-Zetsche (Leiter Abteilung Sozialpolitik im SoVD-Bundesverband), Michaela Engelmeier (SoVD-Vorstandsvorsitzende), Nina Warken (Bundesgesundheitsministerin) und Florian Schönberg (SoVD-Referent für Gesundheitspolitik).

Sofort-Entlastungspakete der Bundesregierung zum Teil umstritten, da sie nicht alle Menschen erreichen

Gezielt unterstützen, wo Hilfe am nötigsten ist

Bei ihrem zweitägigen Treffen Mitte April berieten die Regierungsspitzen nicht nur über die beiden Großprojekte „Reform der gesetzlichen Krankenversicherung“ (GKV) und „Steuerreform für untere und mittlere Einkommensgruppen“ zum 1. Januar 2027. Angesichts der äußerst angespannten politischen Weltlage auch mit gravierenden wirtschaftlichen Folgen galt es zudem, schnell umsetzbare Entlastungspakete für die Bürger*innen zu schnüren. Als Ergebnis legten die Koalitionäre am Ende der Beratungen zwei konkrete Vorschläge auf den Tisch: einen Tankrabatt und einen Krisenbonus, den Arbeitgeber*innen Beschäftigten steuerfrei auszahlen können.

Nach tagelangem Streit um die Eindämmung der hohen Energiepreise infolge des Iran-Krieges beschloss die Regierung zunächst vorübergehende Steuersenkungen für Autofahrer*innen. Die Steuern auf Diesel und Benzin werden demnach um jeweils rund 17 Cent brutto pro Liter gesenkt, begrenzt auf zwei Monate. Beschäftigte sollen außerdem eine steuerfreie 1.000-Euro-Prämie von ihren Arbeitgeber*innen erhalten können. Zur Gegenfinanzierung steigt 2026 die Tabaksteuer.

Energiesofortprogramm zum Teil zweischneidig

Die von der Bundesregierung geplanten Entlastungsmaßnahmen sind umstritten, da sie nicht bei allen ankommen – insbesondere nicht bei Personengruppen, die Unterstützung am dringendsten benötigen.

Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher,

kritisierte die Vorschläge sogar als „sozial ungerecht und wirtschaftlich ineffizient“.

Der Tankrabatt sei eine „teure und riskante Fehlentscheidung“, so Fratzscher. Der Rabatt verhindere, dass Autofahrer*innen den Verbrauch knappen Öls wegen höherer Preise reduzierten und heize somit dessen Knappheit weiter an, argumentierte er in einem Medienbeitrag. Dadurch wiederum steige der Preis anderer unverzichtbarer Güter wie etwa von Lebensmitteln oder von Heizstoffen zusätzlich – was Menschen mit niedrigen Einkommen besonders hart treffe.

Auch die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier nahm zu den Vorschlägen Stellung und wurde hierbei vielfach öffentlich in den Medien zitiert. Dabei begrüßte Engelmeier zunächst, „dass die Koalition unsere Forderungen nach Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger ernst genommen hat und ein Energiesofortprogramm auf den Weg bringt“.

Am wichtigsten sei dabei jedoch die Frage, ob die Hilfen tatsächlich auch bei denen ankämen, die darauf angewiesen seien. „Damit sich die Senkung der Energiesteuer spürbar in den Geldbeuteln der Menschen bemerkbar macht, müssen Entlastungen vollständig an Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben werden. Hier braucht es konsequente Kontrollen und klare politische Vorgaben“, so Engelmeier.

1.000-Euro-Prämie kommt nicht bei allen Menschen an

Zur zweiten Sofortmaßnahme, der steuer- und abgabenfreien Entlastungsprämie von bis zu 1.000 Euro durch die Arbeitgeber*innen, sagte die SoVD-Vorstandsvorsitzende: „Damit wird ein zusätzlicher Weg zur Unterstützung von Beschäftigten eröffnet. In Zeiten stark gestiegener Lebenshaltungskosten kann dies für viele eine spürbare Hilfe sein.“ Allerdings hänge die Auszahlung der



Foto: tan4ikk/Adobe Stock

Sind Tankrabatte und ein – freiwillig zu zahlender – steuerfreier Arbeitgeber*innenbonus geeignete Hilfen für alle Bürger*innen?

Prämie allein vom guten Willen und den finanziellen Möglichkeiten der Arbeitgeber*innen ab, gab Engelmeier zu bedenken. „Und gerade in Branchen mit niedrigen Löhnen oder wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist fraglich, ob diese Unterstützung überhaupt gezahlt werden kann.“ Engelmeier mahnte außerdem, bei weiteren Entlastungsmaßnahmen die über 22 Millionen Rentner*innen nicht zu vergessen. Auch Studierenden und Arbeitslosen nütze der Bonus nichts. Menschen, die besonders stark unter steigenden Preisen leiden, blieben somit außen vor.

Verfügbares Nettoeinkommen sollen künftig steigen

Zur Kompensation der gestiegenen Lebenshaltungskosten plant die Regierung, die verfügbaren Nettoeinkommen der Arbeitnehmer*innen-Haushalte zu vergrößern. „Wir wollen insbesondere die Belastung durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge reduzieren“, kündigte Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) sein Vorhaben an, das spätestens zum Jahreswechsel realisiert werden soll. Der SoVD wird sich aufmerksam und kritisch in den Prozess einbringen. *Veronica Sina*

Reformpläne erschweren den Zugang zu Hilfe und verzögern benötigte Entlastungen

Politik lässt Pflegebedürftige im Stich

Noch im Mai will Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) ihre Vorschläge für eine Pflegereform vorlegen. Diese, so Warken, sollen die Versorgung nachhaltig sichern. An ihrem Versprechen, man werde Pflegebedürftige und Angehörige „nicht alleine lassen“, sind angesichts vorab bekannt gewordener Details jedoch Zweifel angebracht. Demnach plant die Bundesregierung sowohl Einschnitte bei Entlastungszahlungen als auch Verschärfungen bei der Anerkennung niedrigerer Pflegegrade.

Eigentlich steht dieser Monat in einem positiven Licht. Denn am 12. Mai würdigt der „Tag der Pflegenden“ die wichtige Arbeit der Menschen, die sich um andere kümmern. Darauf werfen jedoch die Pläne der Bundesregierung für eine Pflegereform einen Schatten. Betroffene und Angehörige stehen vor weiteren Belastungen.

Höhere Zuschüsse wären für viele kaum erreichbar

Seit 2024 können Menschen im Pflegeheim einen sogenannten Leistungszuschuss erhalten. Dieser soll den Eigenanteil von durchschnittlich weit über 3.200 Euro monatlich reduzieren. Je länger eine Person im Heim lebt, desto höher steigt der Zuschuss in den ersten Jahren. Vor allem die finanziell besonders belasteten Langzeitpflegebedürftigen und ihre Familien sind auf diese Hilfe angewiesen.



Foto: pikselstock/Adobe Stock

Zu ihrem Eigenanteil können Menschen im Heim einen finanziellen Zuschuss erhalten. Doch auch hier setzt die Politik den Rotstift an.

Den Anstieg dieser Unterstützungsleistung will die Bundesregierung mit der geplanten Reform jetzt ausbremsen. Höhere Zuschläge würden dann künftig erst nach drei beziehungsweise viereinhalb Jahren gezahlt.

Der SoVD warnt, dass die pflegebedingte Altersarmut dadurch noch weiter zunehme. Aus Sicht des Verbandes ist die Sparmaßnahme zudem pietätlos. Denn nach Zahlen der Caritas lebten Pflegebedürftige zuletzt im

Durchschnitt etwa zwei Jahre im Heim. Viele Betroffene würden die höheren Zuschusstufen daher entweder nur kurz oder gar nicht mehr erreichen, da sie vorher sterben.

Erschwerte Anerkennung von Pflegebedürftigkeit

Zudem soll es künftig für alle Versicherten schwieriger werden, einen Pflegegrad zu erhalten. Denn für eine Einstufung würde nach der Reform ein höherer Schwellenwert gelten. Betroffene müssten dann schon entsprechend stärkere Einschränkungen vorweisen, um überhaupt noch die notwendige Voraussetzung für einen Pflegegrad zu erfüllen.

Diese Verschärfung lehnt der SoVD strikt ab. Sie ignoriert, dass gerade der Pflegegrad 1 dazu dient, frühzeitig zu unterstützen und Selbstständigkeit möglichst lange zu erhalten. *jos*

SoVD bekräftigt Forderungen

Was droht in der Pflege?

In der Pflegeversicherung sind Einschnitte geplant, die Millionen Menschen zu spüren bekämen. Demnach sollen bei der Begutachtung von Pflegebedürftigkeit höhere Schwellenwerte gelten, die den Zugang zu einem Pflegegrad erschweren würden. Abstriche drohen auch bei den in der vollstationären Pflege gezahlten Leistungszuschlägen. Dies hätte vor allem in den ersten Jahren höhere Eigenanteile zur Folge.

Beim SoVD stoßen die Pläne von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) auf Widerstand. Die Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier bekräftigte noch einmal die Forderungen des Verbandes. Es gelte,

- zunächst die Eigenanteile in der stationären Pflege wirksam zu begrenzen,
- die Pflegeversicherung zu einer solidarischen Vollversicherung auszubauen und
- die Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau der Rentenversicherung anzuheben. *jos*



CC-IMAGES/Adobe Stock

Schon über zehn Jahre ändert sich wenig daran, wie alt Menschen in Deutschland im Mittel werden. Jedoch arbeiten sie länger.

SoVD gegen noch späteren Rentenbeginn

Lebenserwartung steigt weniger als Rentenalter

Die Regelaltersgrenze für die gesetzliche Rente steigt seit 2012 schrittweise auf 67 Jahre. Ab Geburtsjahr 1964 gilt die 67, das ist im Jahr 2031 erreicht. Aktuelle Debatten legen nahe, die Grenze müsse danach weiter angehoben werden, was der SoVD ablehnt.

Ein häufiges Argument ist die höhere Lebenserwartung. Wer älter werde, müsse länger arbeiten. Doch stimmt das überhaupt?

Tatsächlich steigt das Rentenalter schneller als die Lebenserwartung. Denn die ist für ältere Menschen heute nicht höher als 2014. Das ergibt sich aus der Antwort des Bundessozialministeriums auf eine Anfrage der Linken im Bundestag. 65-Jährige leben statistisch noch 19,4 Jahre. Der Wert schwankt im Dreijahresmittel nur leicht.

Anders ist es beim Alter für die abschlagsfreie Rente. Das stieg seit 2012 schon über ein Jahr. Auch der wirkliche Rentenbeginn – nicht alle arbeiten so lange wie vorgesehen – liegt heute gut 1,3 Jahre später. 2030 wird die mittlere Lebenserwartung von 65-Jährigen für Männer ein Jahr und für Frauen acht Monate gestiegen sein; das Rentenalter aber volle zwei Jahre, also doppelt so schnell.

Die Daten zeigen zudem regionale Unterschiede. Männer im Westen werden älter als im Osten, Frauen umgekehrt. Ein Beispiel: In Baden-Württemberg hat man(n) zwei Jahre mehr als in Sachsen-Anhalt.

Der SoVD ist gegen eine weitere Anhebung des Rentenalters. Denn das käme einer Rentenkürzung gleich. Schon jetzt schaffen es viele Menschen nicht gesund bis zur abschlagsfreien Grenze. *ele*

Demonstration am 5. Mai in Berlin

SoVD beteiligt sich an Europäischem Protesttag

Jedes Jahr am 5. Mai ist der Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen. Angesichts aktueller Reformen und Kürzungsdebatten lautet 2026 das Motto: „Menschenrechte sind nicht verhandelbar!“. Bundesweit gibt es dazu Aktionen.

An der großen Demonstration in Berlin nehmen wieder der SoVD-Bundesverband und der Landesverband Berlin-Brandenburg zusammen teil. Die Demo führt ab 15.30 Uhr vom Brandenburger Tor zum Roten Rathaus, dem Sitz des Regierenden Bürgermeisters und Tagungsort des Senates.

Der SoVD leitet dieses Jahr den Deutschen Behindertenrat (DBR). Auch als Vorsitzende des DBR-Sprecher*innenrates macht Michaela Engelmeier sich deshalb vor Ort für echte Teilhabe stark. *ele*

Bundesrat stimmt Anpassungsgesetz zwar zu, fordert aber Nachbesserungen

Nächste Phase der Klinikreform

Ende März stimmte der Bundesrat dem Anpassungsgesetz zur Krankenhausreform (KHAG) zu. Damit kann deren Umsetzung nun in die nächste Phase gehen. Allerdings pochen die Bundesländer weiterhin auf Änderungen – etwa bei den aus ihrer Sicht zu eng gefassten Untergrenzen des Pflegepersonals. Gerade die aber sind aus Sicht des SoVD wichtig, um eine hohe Versorgungsqualität zu gewährleisten.

Mit der Klinikreform kann es weitergehen. Die beschlossenen Anpassungen geben den Ländern mehr Spielraum bei der Umsetzung vor Ort. Das betrifft etwa längere Übergangszeiten und Ausnahmen von Vorgaben zur Behandlungsqualität.

Bundesrat zeigt sich in Entschließung enttäuscht

Trotz der vorhandenen Planungssicherheit äußerten sich mehrere Bundesländer kritisch. Das Anpassungsgesetz bleibe in Teilen hinter ihren Forderungen zurück und trage den praktischen Anforderungen nicht ausreichend Rechnung. Besonders die notwendige Einhaltung der Pflegepersonaluntergrenzen stelle viele Krankenhäuser vor ein Problem.

Mittel des Sondervermögens für Transformationsfonds

Als Kriterium für die Zuweisung von Leistungsgruppen haben diese Untergrenzen beim Personal jedoch durchaus ihre Berechtigung. Denn sie gewährleisten sowohl eine



Foto: spotmatikphoto/Adobe Stock

Eine bestimmte Mindestanzahl von Pflegekräften in einer Klinik ist relevant für die Vergütung erbrachter Leistungen.

qualitativ hochwertige Versorgung als auch die Sicherheit der Patient*innen.

Aufatmen können dagegen Krankenkassen und gesetzlich Versicherte – zumindest was ihren ursprünglich vorgesehenen Anteil an dem geplanten Transformationsfonds in Höhe von 25 Milliarden Euro angeht. Dieser soll nach dem Beschluss des Bundesrates nun aus dem

Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ bestritten werden.

Mit dem Anpassungsgesetz verschiebt sich zudem die Einführung der Vorhaltevergütung. Als zentraler Punkt der Reform sollte diese die alleinige Vergütung der stationären Versorgung über Fallpauschalen ablösen, wird nun aber erst 2030 vollständig wirksam. *jos*

Bundesregierung will bessere Versorgung bei akuten Beschwerden erreichen

Schnellere Hilfe bei Notfällen

Bei plötzlichen Beschwerden oder Notfällen bleibt oftmals nur der Weg in die Rettungsstelle des nächstgelegenen Krankenhauses – stundenlanges Warten inklusive. Dafür soll es bald effizientere Wege geben. Das zumindest verspricht eine geplante Reform der Notfallversorgung.

Die Pläne von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) sehen vor, dass Patient*innen mit dringenden Beschwerden künftig gezielter für sie passende Behandlungsangebote finden. Eine entsprechende Reform bracht das Bundeskabinett jetzt auf den Weg.

Stärkere Steuerung über zentrale Anlaufstellen

Flächendeckend sollen hierfür an ausgewählten Kliniken integrierte Notfallzentren entstehen. Bei diesen erhalten Hilfesuchende dann eine erste Einschätzung und werden je nach Dringlichkeit weitergeleitet – entweder in die Notaufnahme des Krankenhauses oder in eine Notdienstpraxis.

Engere Vernetzung mit telefonischem Notruf

In gleicher Weise vorgesehen ist auch ein Ausbau der telefonischen Ersteinschätzungen zur Dringlichkeit von Beschwerden



Foto: Ralf - stock.adobe.com/Adobe Stock

Bei gesundheitlichen Problemen direkt in die Notaufnahme? Ein vorheriger Anruf könnte künftig bei der Entscheidung weiterhelfen.

über den ärztlichen Bereitschaftsdienst unter 116 117. Zu diesem Zweck soll diese Nummer enger mit dem bekannten Notruf 112 vernetzt werden.

Als überfällig bezeichnete der SoVD die jetzt geplanten Verbesserungen. Die Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier

warnte eindringlich vor einer erneuten Verschiebung der Reform. Sie sagte, die Notaufnahmen seien bereits seit Jahren am Limit. Engelmeier betonte den Anspruch der Menschen auf eine flächendeckende und bedarfsgerechte Akutversorgung rund um die Uhr. *jos/dpa*

Nach diversen Protesten kündigt die Bundesregierung Verbesserungen an

Frauen vor Gewalt schützen

Wiederholt haben zahlreiche Menschen in Deutschland auf Demonstrationen sexualisierte und digitale Gewalt gegen Frauen angeprangert. Einen besseren gesetzlichen Schutz verspricht daher jetzt Bundesjustizministerin Stefanie Hubig (SPD). Zu diesem Zweck bereitet Hubig eine Reihe von Reformen vor. Bei diesen geht es sowohl um körperliche Misshandlungen durch Partner oder Ex-Partner als auch um die unerlaubte Herstellung und Verbreitung von Nacktbildern.

Wie sehr die Herabwürdigung von Frauen durch sexualisierte Bilder unsere Gesellschaft bewegt, zeigen nicht zuletzt die Kundgebungen und Debatten der vergangenen Wochen. Einen besseren Schutz hatte seinerzeit bereits die Ampelkoalition versprochen. Nun präsentierte die schwarz-rote Bundesregierung ihrerseits Gesetzentwürfe und Vorschläge.

Überwachung von Tätern durch Tragen einer Fußfessel

Bereits beschlossen hat das Kabinett einen Gesetzentwurf zur elektronischen Fußfessel für gewalttätige Ex-Partner. Mit diesem beschäftigt sich aktuell der Bundestag, die finale Beratung steht noch aus. Die Regelungen sehen vor, dass Opfer über ein Empfangsgerät gewarnt werden, wenn sich ihnen ein Täter mit Fußfessel nähert. Betroffene können sich dann gegebenenfalls rechtzeitig in Sicherheit bringen oder Unterstützung suchen. Gleichzeitig geht ein automatischer Alarm auch an die Polizei. Ebenfalls vorgesehen sind höhere Strafen und soziale Trainingskurse für Täter.

Digitale Demütigungen und Nachstellungen verhindern

Darüber hinaus stimmt die Bundesregierung derzeit intern über den Entwurf eines Gesetzes zum Schutz vor digitaler Gewalt



Foto: Christian Ender / PIC ONE / picture alliance

So wie hier in Berlin bekundeten Protestierende im letzten Monat bundesweit ihre Solidarität mit den Opfern sexualisierter Gewalt.

ab. Hierbei geht es unter anderem um sexualisierte Bilder und Videos, sogenannte Deepfakes. Dieser Begriff bezeichnet täuschend echt wirkende Fälschungen, die mithilfe künstlicher Intelligenz erstellt wurden.

Konsequent vorgehen will die Bundesjustizministerin zudem gegen das digitale Nachstellen, Belästigen oder Überwachen von Personen („Cyberstalking“) sowie gegen die Anbahnung sexueller Kontakte mit Minderjährigen durch Erwachsene im Internet (Cybergrooming).

Zudem will Hubig stärker gegen häusliche Gewalt vorgehen. Entsprechend dokumentierte Taten sollen künftig eine stärkere Rolle bei Entscheidungen an den Familiengerichten über

das Sorge- und Umgangsrecht spielen. Ebenfalls in der Diskussion ist eine Regelung, die es Gewaltopfern ermöglicht, schneller aus dem gemeinsamen Mietvertrag mit dem Täter herauszukommen.

Gewalt gegen Frauen bleibt zu oft verborgen

Sexualisierte Gewalt ist ein strukturelles Problem. Fast immer sind es Männer, die Frauen bloßstellen, verletzen oder demütigen. Eine Zunahme entsprechender Delikte belegt auch die aktuelle polizeiliche Kriminalstatistik. Diese weist allerdings auf eine hohe Dunkelziffer hin, wonach nur etwa jede zehnte Frau eine Gewalttat überhaupt zur Anzeige bringt. *jos/dpa*

Untersuchung per CT für starke Raucher*innen

Neue Früherkennung von Lungenkrebs

Die Heilungschancen vieler Krebsarten steigen, je früher man den Tumor entdeckt. Das gilt auch für eine der häufigsten Formen: Lungenkrebs. Zur Früherkennung bietet die gesetzliche Krankenversicherung einer Risikogruppe eine neue Untersuchung kostenlos an.

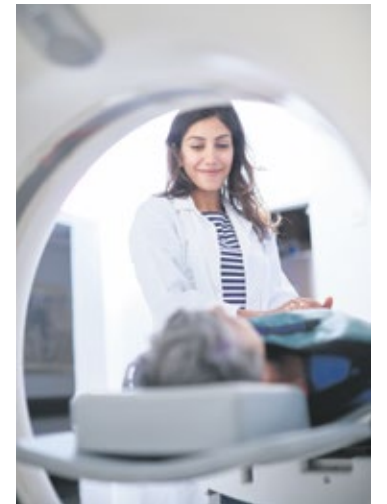
Rauchen ist die Hauptursache von Lungenkrebs. Fast 90 Prozent aller Bronchial-Karzinome gehen darauf zurück, betonen etwa das Gesundheitsministerium, die Deutsche Krebshilfe oder Krankenkassen wie AOK, Techniker und DAK-Gesundheit. Die Diagnose kommt meist im höheren Alter, im Schnitt mit etwa 70 Jahren.

Aktive und ehemalige Raucher*innen zwischen 50 und 75 Jahren können darum künftig einmal jährlich die kostenlose Voruntersuchung in Anspruch nehmen: mit einer Niedrigdosis-Computer-Tomografie (CT). Die Strahlenbelastung ist kleiner als bei einer üblichen CT. Aber die Bilder sind gut genug, um in der Lunge auch kleine Tumore in einem frühen Stadium zu sehen.

Voraussetzung zum Screening ist starker Zigarettenkonsum, der 25 Jahre bestand oder besteht. In die Zeit können Pausen bis zu zehn Jahren fallen. Es müssen aber mindestens 15 „Packungsjahre“ zusammenkommen. Dafür multipliziert man die Zahl der Rauchjahre mit der Zahl der im Schnitt am Tag gerauchten Packungen. 15 „Packungsjahre“ hat also zum Beispiel eine Person, die 15 Jahre lang eine Packung Zigaretten täglich raucht(e); oder 30 Jahre zehn Zigaretten, eine halbe Packung.

Die Niedrigdosis-CT kommt seit April schrittweise in Fachpraxen und -kliniken. „Die Erkrankung soll erkannt werden, noch bevor sie zu Beschwerden führt. Denn dann sind die Behandlungs- und Heilungschancen besser“, betont PD Dr. med. Christiane Roick vom AOK-Bundesverband. Allerdings: „Eine Früherkennung senkt das Risiko für Lungenkrebs nicht – ein Rauchstopp hingegen schon.“

Rauchen erhöht das Lungenkrebs-Risiko siebenfach. Zudem verursacht es chronische Lungenerkrankungen wie COPD und Herz-Kreislauf-Schäden. Je nach Altersgruppe rauchen in Deutschland 16 bis 21 Prozent der Erwachsenen und 7 Prozent der Jugendlichen (WHO-Daten, Statista). Aber auch Passivrauchen steigert das Risiko für mehrere Krebsarten, betont die Deutsche Krebshilfe. *ele*



Laflor/peopleimages.com/Adobe Stock

Wer lange und viel geraucht hat, bekommt eine Niedrigdosis-CT.

SoVD im Gespräch

Rechte von Patient*innen endlich stärken

Der SoVD begrüßt den Vorstoß der Grünen, das Patientenrechtegesetz zu reformieren. Bei einer Sachverständigen-Anhörung im Gesundheitsausschuss des Bundestages verdeutlichte Florian Schönberg, Referent der Abteilung Sozialpolitik: Bei Behandlungsfehlern seien Patient*innen oft immer noch in der schwächeren Position. Rechte müssten durchsetzbar sein.

Für Transparenz, Aufklärung und faire Verfahren fordert der SoVD etwa ein geringeres Beweismaß beim Zusammenhang

von Fehler und Schaden, mehr Informationspflichten, Bereitstellung aller Unterlagen und ein anderes Gutachterwesen.

Bahn: gleiche Chancen und mehr Vielfalt

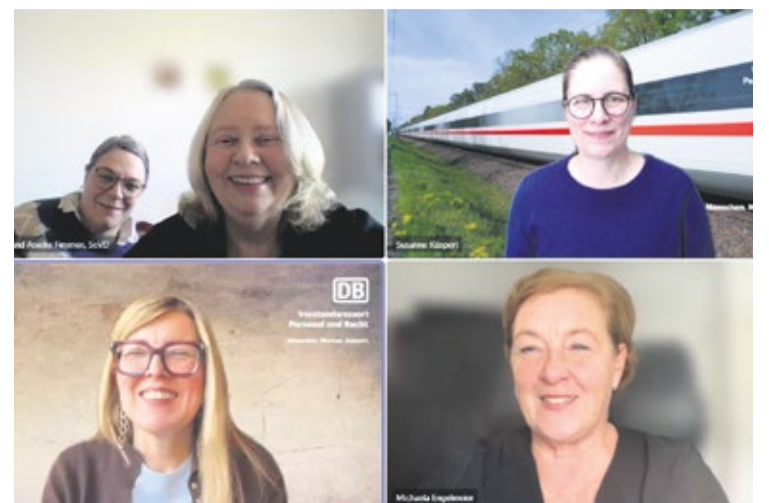
SoVD und Deutsche Bahn AG (DB) tauschten sich zu Gleichstellung und Inklusion aus. Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier sowie Dr. Simone Real und Anieke Fimmen aus der Abteilung Sozialpolitik sprachen mit Christine Epler und Susanne Küspert von der DB über Frauen- und Behindertenpolitik. So ging es um aktive För-

derung der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen; etwa mit gezielten Maßnahmen des DB-Inklusionszentrums, die zugleich die Bedeutung von Diversität unterstreichen sollen.

Weitere Themen waren der Equal Pay Day und die Weiterentwicklung des Elterngeldes. Ein großer Fortschritt ist: Der Anteil von Frauen in Führungspositionen bei der DB liegt bei 31,5 Prozent. Bis 2035 strebt sie eine Quote von 40 Prozent an.

Inspirierend fand der SoVD das Netzwerk „Frauen bei der Bahn“: Seit 2014 tauschen Mitarbeiterinnen standort- und bereichsübergreifend Erfahrungen aus und unterstützen einander.

Es war ein wichtiger Dialog für Chancengleichheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt.



Screenshot: SoVD

Diskutierten per Videokonferenz über bessere Gleichstellung der Geschlechter und Inklusion, oben v. li.: SoVD-Referentin Anieke Fimmen, stellvertretende Abteilungsleiterin Sozialpolitik des SoVD, Dr. Simone Real, und Leiterin Personalstrategie und Diversity der DB, Susanne Küspert; unten v. li.: DB-Diversitätsbeauftragte Christine Epler und SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier.



Personalien

Dr. Helmhold Seidlein feiert am 17. Mai 80. Geburtstag. Das Mitglied der Bundeskonferenz ist seit 2012 Mecklenburg-Vorpommerns Landesvorsitzender.

Ab 2015 bis zur Verbandsreform war er im Bundesvorstand und Sozialpolitischen Ausschuss. Dr. Seidlein ist 2. Kreisvorsitzender in Vorpommern-Greifswald und schon 25 Jahre im SoVD.



Bundespräsident lädt am 23. Mai zum Ehrentag ein

Demokratie lebt vor allem vom Mitmachen

Am 23. Mai feiert das Grundgesetz Geburtstag. Denn es wurde am 23. Mai 1949 verkündet – und ist das Fundament unserer Demokratie. Aber Demokratie lebt von Menschen, die mitmachen. Darum gibt es 2026 erstmals den deutschlandweiten Ehrentag der Verfassung.

Dieser „Mitmachtag“ ist eine gemeinsame Initiative des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier (SPD) und der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE). Das Motto lautet: „Der Ehrentag. Für dich. Für uns. Für alle.“ Als Schirmherr lädt der Bundespräsident dazu ein: „Am Geburtstag unserer Verfassung packen alle mit an, um unser Land ein bisschen besser zu machen.“

Es gehe dabei um Begegnung und gemeinsames Tun. Gesucht seien „Menschen, die mitmachen, die Verantwortung übernehmen und die unsere Gesellschaft mitgestalten“.

Eingebettet ist der 23. Mai in einen Aktionszeitraum: Vom 16. bis zum 31. Mai sollen kleine und große Aktionen vor Ort stattfinden. Organisieren und anmelden können sie Vereine, Organisationen, Unternehmen, Kommunen oder Einzelpersonen. Als Beispiele nennt die Stiftung eine Aufräumaktion, ein inklusives Sportturnier, ein Straßenfest, gemeinsames Renovieren oder einen Spieleabend im Pflegeheim.

„Der Ehrentag darf auch Spaß machen!“, betont Steinmeier. „Engagement ist nicht nur Einsatz, es ist auch Begegnung, Lachen, Gemeinschaftsgefühl. Wer gemeinsam anpackt, erlebt oft, wie leicht sich Sinn und Freude miteinander verbinden lassen.“

Dieser Aufruf zeigt zugleich, wie wichtig Ehrenamt ist. Es ist auch eine zentrale Säule des SoVD – quasi sein Rückgrat. Darum sucht und würdigt der Verband 2026 wieder seine „SoVD-Superheld*innen“. *ele*



Foto: Rawpixel.com / Adobe Stock

Mitmach-Aktionen sollen das Grundgesetz und den Einsatz für die Gesellschaft ehren. Dafür macht sich auch der SoVD stark.



Info

Auf www.ehrentag.de steht, wie man den Ehrentag unterstützen, bei einer Aktion mitmachen, eine extra planen oder mit einer bestehenden, etwa aus dem Verband, teilnehmen kann.

www.sovd.de/sovdsuperhelden



Foto: LIGHTFIELD STUDIOS / Adobe Stock

SoVD sieht Gefahren durch Druck im Job – Gesundheitsschutz geht vor!

Teilkrankschreibung ist riskant

Bisher gilt in Deutschland: Krank ist krank. Entweder sind Arbeitnehmende voll arbeitsfähig oder gar nicht. Auf Vorschlag der Finanzkommission soll sich das ändern – eine der Maßnahmen im Beitragsstabilisierungsgesetz für die gesetzliche Krankenversicherung (GKV, s. Titelthema). Der SoVD lehnt dies ab.

Geplant ist laut Gesetzentwurf, eine Teilkrankschreibung einzuführen. Vorbild sind skandinavische Länder. „In enger Abstimmung mit den Betroffenen sollen Ärzt*innen die Arbeitsunfähigkeit abstufen: 100, 75, 50 oder 25 Prozent. So könnte man mit weniger Stunden arbeiten.“

Das soll Flexibilität bringen – und Kosten senken, nämlich beim Krankengeld, das die GKV nach den sechs Wochen Lohnfortzahlung zahlt. „Teilkrankengeld“ betrüge 25, 50 oder 75 Prozent des Bruttoeinkommens statt wie bisher 70 Prozent.

Der SoVD findet den Vorschlag riskant. Gesundheit gehört für ihn an erste Stelle. „Die Idee der Teilkrankschreibung lehnen wir ab, denn aus SoVD-Sicht muss bei Arbeitsunfähigkeit der Fokus vollständig auf der Genesung liegen“, betont Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier. Beschäftigte könnten sich sonst unter Druck gesetzt fühlen.

Wer zu früh wieder arbeitet, riskiert längere, schwerere oder chronische Erkrankungen. Das könne auch nicht im Interesse



Foto: Subbotina Anna / Adobe Stock

Wer krank ist, sollte sich auskurieren. Eine „Teil-AU“ kann den Druck auf Angestellte erhöhen, stattdessen schnell wieder zu arbeiten.

der Arbeitgeber sein, so Engelmeier. „Denn in der Endabrechnung summieren sich so die Fehlzeiten nur noch mehr.“ Sie veranschaulicht: „Aus dem Leistungssport kennen wir das allzu genau, dass eine Verletzung oder Erkrankung unbedingt zu 100 Prozent auskuriert werden muss. Wenn ein Bundesligaprofi zu früh zurückkehrt, ist die nächste Verletzung pro-

grammiert.“ Besonders kritisch sieht der SoVD die Gefahr von Arbeitsdruck trotz Krankheit. Er fordert: Gesundheitsschutz geht vor! Statt des Risikos zum „Verschleppen“ müssen gute Arbeitsbedingungen her.

Das Krankengeld machte 2025 sechs Prozent der GKV-Ausgaben aus, rund 21 Milliarden Euro. Die Neuregelung soll 2027 etwa 73 Millionen Euro einsparen. *ele*

Große Mehrheit nutzt digitale Patientenakte nicht: Ändern neue Funktionen das?

Termine über die E-Akte buchen

Das geplante neue Digitalgesetz beinhaltet, die elektronische Patientenakte (ePA) zu erweitern. Diese gibt es seit Anfang 2025 für alle gesetzlich Versicherten, die nicht widersprochen. Bisher nutzt sie aber kaum jemand aktiv. Neuerungen könnten das ändern. Eine ist, dass man so Arzttermine bekäme.

Seit Oktober müssen alle Leistungserbringer im Gesundheitswesen die ePA verwenden. Praxen, Kliniken, Apotheken oder Dienstleister laden neue Befunde, Diagnosen, Laborwerte, Medikamentenlisten etc. hoch.

Um ihre ePA einzusehen, brauchen Versicherte die App ihrer Krankenkasse und richten dort den Zugang ein. Dann können sie etwa Dokumente zufügen oder den Zugriff für sensible Daten einschränken. Doch tun das sehr wenige. Nach neuen Gematik-Angaben haben 5,1 Millionen Menschen so eine „digitale Gesundheits-Identität“ – ein geringer Anstieg seit Oktober (damals knapp 4 Millionen).

Die meisten haben die E-Akte passiv: 73 von 74 Millionen gesetzlich Versicherten widersprochen nicht und bekamen sie angelegt. Dass nur eine winzige Minderheit sie aktiv selbst verwaltet, zeigen auch Umfragen, etwa von Verbraucherzentralen.

2028 soll die ePA-App laut Gesetzentwurf eine neue Rolle

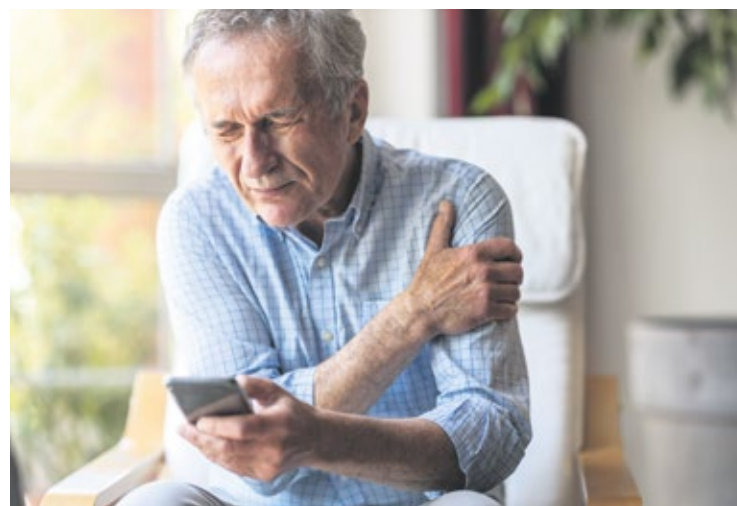


Foto: pikselstock / Adobe Stock

Schmerzen, andere Beschwerden? Eine Ersteinschätzung in der App soll zu Arztterminen verhelfen – und die ePA beliebter machen.

erhalten: als „digitaler Versorgungseinstieg“ – ein Weg zu Terminbuchungen und Telemedizin. Bei einer Ersteinschätzung klickt man sich durch Fragen und wird weitergelotst, ähnlich wie beim kassenärztlichen Terminservice (www.116117-termine.de, Tel.: 116 117). Die E-Überweisung soll 2029 folgen.

Grund für die geringe App-Nutzung ist aber wohl weniger, dass Funktionen fehlen. Laut Ärztesverband Medi Genio sind die meisten Patient*innen skeptisch bei Datenschutz und ärztlicher Schweigepflicht. Der SoVD begleitet die ePA weiter kritisch: Neben Sicherheit ist einfacher Zugang für alle wichtig. *ele*

SoVD-Jugend diskutiert und stellt sich neu auf – Sebastian Freese übergibt Vorsitz an Tyll-Niklas Reinisch

Bundesjugendkonferenz zum Thema Mobbing

Alle zwei Jahre ist SoVD-Bundesjugendkonferenz. Am 17. und 18. April fand sie wieder in Berlin im Erich-Kuttner-Haus statt. Sie trug das Motto: „Mobbing erkennen, verhindern, bekämpfen – Jugend fordert Verantwortung“ und verabschiedete dazu eine Resolution. Zudem standen Wahlen an. Großen Dank erhielt Sebastian Freese für seinen unermüdlichen Einsatz als langjähriger 1. Bundesjugendvorsitzender.

SoVD-Vorständin Sandra Fehlberg und Sebastian Freese begrüßten Delegierte und Gäste, darunter Armin Dötsch vom Landesvorstand Berlin-Brandenburg und Reinhard Meyer, Sprecher der Bundesrevisoren. „Ich bin gespannt, welche innovativen Ideen ihr heute erarbeitet“, ermutigte Fehlberg die Jugend.

Mit Mobbing war ein Thema gewählt, das jungen Menschen überall begegnet: in Schulen, in Vereinen, online, im Alltag. Ein Vortrag „Mobbingfreie Schulen“ von Marek Finn von Zeichen gegen Mobbing e. V. eröffnete die

Debatte. Mobbing kann schwere Folgen haben: Angst, Rückzug, Leistungsabfall, psychische Schäden. Besonders betroffen sind Kinder und Jugendliche, denen ohnehin Ausgrenzung droht, etwa mit Behinderungen.

Neuwahlen und ein Abschied

Bevor es um Lösungen ging, war Wahl zum Bundesjugendvorstand. Verabschiedet wurde Sebastian Freese, der acht Jahre 1. Vorsitzender war. Er vertrat die Jugend ab 2018 nach außen und innen, brachte ihre Themen im Bundesvorstand und ab 2023

im Verbandsrat ein. Freese engagierte sich für Teilhabe – bei Demos, beim Inklusionslauf, im Inklusionsbeirat des Behindertenbeauftragten. Dafür bekam er viel Anerkennung und eine Dankesurkunde. Fehlberg hielt die Laudatio des SoVD-Vorstandes.

Tyll-Niklas Reinisch ist neuer 1. Bundesjugendvorsitzender. Der 28-jährige Inklusionsmanager beim Landessportverband Schleswig-Holstein tritt auch ehrenamtlich für Inklusion ein. Den Vorstand ergänzen seine Stellvertreterinnen Charlotte Ruppin und Sarah Dehn, Schatzmeister Hannes Gollmer und Schriftführer Alexander Menzel.

Resolution gegen Mobbing

Ruppin referierte über Finnlands Anti-Mobbing-Programm und KI im Sportunterricht. Ehe Reinisch alle verabschiedete und man gemeinsam aß, beschlossen die Delegierten noch jugendpolitische Anträge, Schwerpunkte und die Resolution: „Mobbing erkennen, verhindern, bekämpfen – Jugend fordert Verantwortung“. Die Politik müsse Prävention und Hilfen im Schulalltag verankern. Der Text mit konkreten Vorschlägen steht auf www.sovd.de bei: „Über uns“ – „SoVD-Jugend“. *ele*



Fotos: Wolfgang Borrs

Der neue Bundesjugendvorstand, v. li.: 1. Vorsitzender Tyll-Niklas Reinisch, 2. Vorsitzende Charlotte Ruppin, Schriftführer Alexander Menzel, Schatzmeister Hannes Gollner; auf dem Bild fehlt 2. Vorsitzende Sarah Dehn. Die SoVD-Jugend gibt es schon seit 55 Jahren.



Delegierte, Gäste, Mitarbeitende – li.: Vorstandin Sandra Fehlberg.



Sebastian Freese war acht Jahre 1. Bundesjugendvorsitzender.



Die Jugend fordert Prävention, Hilfe und Nachsorge an Schulen.

Mögliche Erhöhung würde Menschen mit wenig Einkommen hart treffen

Mehrwertsteuer nicht anheben

Der reguläre Mehrwertsteuersatz liegt aktuell bei 19 Prozent. Das zahlen Verbraucher*innen bei vielen Waren und Dienstleistungen mit. Der SoVD wendet sich in einem Bündnis deutlich gegen Pläne, diesen Satz zu erhöhen, um damit an anderer Stelle Entlastungen zu finanzieren.

Der Bundesregierung fehlen nach wie vor Milliarden Euro im Haushalt, um die angekündigte, breite Entlastung der Normalverdiener*innen über die Einkommensteuer zu finanzieren. Unklar ist deshalb noch, wie diese bezahlt werden soll. Schon länger geht das Gerücht um, dass dazu die Mehrwertsteuer um bis zu drei Prozentpunkte steigen könnte. Ein klares Dementi durch Regierungsmitglieder gab es dazu bisher noch nicht.

Ein breites Verbändebündnis, zu dem neben dem SoVD unter anderem attac, Greenpeace und das Netzwerk Steuergerechtigkeit gehören, warnte im April davor, diese Pläne weiter zu verfolgen. Denn eine Erhöhung träfe vor allem Menschen mit niedrigen und geringen Einkommen, also gerade die,



Foto: BY-_-BY/Adobe Stock

Eine höhere Mehrwertsteuer würde den Alltag deutlich verteuern.

die eigentlich eine Entlastung benötigen, sowie Sozialleistungenbeziehende.

Auch die ebenfalls ins Spiel gebrachte gleichzeitige Absenkung der Mehrwertsteuer auf

Lebensmittel könnte die Mehrbelastung nicht annähernd ausgleichen. Die Binnennachfrage würde weiter geschwächt, mit entsprechenden negativen wirtschaftlichen Effekten. *str*

Eingliederungshilfe ist kein Sparposten

SoVD unterstützt Petition zur Teilhabe

Für den SoVD und andere ist klar: Bei der Eingliederungshilfe darf es keine Einsparungen auf Kosten der Teilhabe geben. Eine Petition an den Bundestag hat bereits genug Unterschriften gesammelt, damit sich der Ausschuss damit befassen muss.

Die Debatte um die Kosten des Sozialstaates rückt erneut die Eingliederungshilfe in den Fokus. Leistungen für Menschen mit Behinderungen könnten bei Reformen gekürzt werden. Dagegen richtet sich eine von der Bundesvereinigung Lebenshilfe initiierte und vom SoVD unterstützte Petition. Seit Mitte April steht diese zum Mitzeichnen online. Das Ziel, 30.000 Unterschriften zu sammeln, ist bereits geschafft, nun geht es um das Erreichen der symbolischen 100.000er-Marke.

Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier stellt dazu fest: „Die Eingliederungshilfe ist keine freiwillige Sozialleistung, sondern Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben.“ Mehr zur Petition und der Link zum Mitzeichnen stehen auf www.teilhabeistmenschrecht.de. *str*



Foto: Lebenshilfe / David Maurer

Ein Plakat wirbt für die Petition.

„Digitalisierung heißt, alle mitzunehmen“

Ob Überweisung oder Einkauf – an digitalen Anwendungen (Apps) führt kaum ein Weg vorbei. Daher besitzen längst auch viele ältere Menschen ein Smartphone oder ein Tablet. Wer jedoch im Umgang mit diesen Geräten unsicher ist, fühlt sich schnell abgehängt. Hier setzt das Projekt „Digitale Gesandte“ des SoVD Schleswig-Holstein an: In den Modellregionen Dithmarschen und Kiel schulen ehrenamtlich Engagierte im Umgang mit Handy, Computer & Co. „SoVD – Soziales im Blick“ sprach mit Daniela Herzberg, die das von der Deutschen Fernsehlotterie geförderte Projekt in der Landeshauptstadt koordiniert.

__Was ist denn das Besondere an den Digitalen Gesandten im SoVD Schleswig-Holstein?

Unser Alleinstellungsmerkmal gegenüber ähnlichen Angeboten ist, dass wir die Menschen auf Wunsch auch im häuslichen Umfeld besuchen. Das heißt, wir sind auch für diejenigen da, die vielleicht nicht mehr so mobil sind, und zwar unabhängig davon, ob jemand Mitglied im SoVD ist oder nicht. Dabei hat sich ein schöner Nebeneffekt gezeigt. Wir haben nämlich festgestellt, dass sich jetzt auch viele Menschen engagieren, die unserem Verband zwar schon angehörten, aber sich bisher noch nicht selbst aktiv eingebracht haben.

__War es denn nicht trotzdem schwer, geeignete Personen für Ihr Beratungsteam zu finden?

Wir haben ziemlich schnell gemerkt, dass den Menschen das Thema wirklich unter den Nägeln brennt. Anfangs haben wir



Daniela Herzberg

etwa für die Modellregion Kiel 15 Ehrenamtliche gesucht, die bereit sind, als Digitale Gesandte auszuschwärmen, um älteren Menschen im Umgang mit dem Handy oder dem Tablet zu helfen. Daraufhin haben sich insgesamt 90 Personen gemeldet, die das machen wollten. Da war die Resonanz also unglaublich groß.

__Wie ging es dann weiter?

Inzwischen haben in Kiel 56 Gesandte eine relativ umfangrei-

che Schulung abgeschlossen. Es war uns wichtig, die Ehrenamtlichen wirklich gut auf ihre Tätigkeit vorzubereiten. Schließlich gehen sie zu den Hilfesuchenden nach Hause und damit in ein sehr verletzliches, privates Umfeld. Hier braucht es dann eben doch eine bestimmte Haltung, die viele unserer Aktiven allerdings auch schon vorher hatten.

__Warum ist es denn aus Ihrer Sicht so wichtig, den Umgang etwa mit dem Handy zu lernen?

Unsere Gemeinschaft wird zunehmend von digitalen Kommunikationswegen mitgetragen. Und das wird für den Alltag vieler Menschen immer wichtiger. Hier setzen wir an. Wir wollen Isolation mildern oder gar nicht erst entstehen lassen. Soziale Teilhabe bedeutet immer häufiger auch digitale Teilhabe, wenn ich zum Beispiel eine Bahnfahrkarte kaufen oder eine Speisekarte lesen möchte. Auch Familien oder



Foto: Halfpoint / Adobe Stock

Wer in Schleswig-Holstein wohnt, kann sich in kleinen Gruppen oder im eigenen Zuhause mit der Online-Welt vertraut machen.

Sportgruppen kommunizieren zunehmend über Apps. Mit dem Smartphone bleiben Menschen generationenübergreifend in Kontakt.

__Bereitet die Digitalisierung Älteren nicht auch Sorge, weil sie sich überfordert fühlen?

Ich glaube, ältere Menschen lieben die Kommunikation. Und sie sind durchaus dazu bereit, sich auf neue Dinge einzulassen. Schwierig wird es aus meiner Sicht dann, wenn der digitale

Weg quasi vorgeschrieben ist. Deswegen sehe ich es persönlich durchaus kritisch, wenn bestimmte Angebote nur noch digital zur Verfügung stehen. Denn das erzeugt Druck. Und gerade beim Lernen und Ausprobieren von neuen Dingen kann man keinen Druck gebrauchen.

Interview: Joachim Schöne

Mehr zur Initiative des Landesverbandes Schleswig-Holstein finden Sie online unter: www.sovd-sh.de/digitale-gesandte.

Polizei warnt vor Schockanrufen und gibt Tipps, wie Betroffene auf Betrugsversuche am besten reagieren

Tatort Telefon – im Zweifel lieber auflegen!

Der „Enkeltrick“ hat es mittlerweile zu einer traurigen Bekanntheit gebracht. Bei diesem geben sich Kriminelle in Textnachrichten oder am Telefon als Verwandte aus. Achtung: Hinter vertraut klingenden Stimmen kann eine künstliche Intelligenz stecken! Bewusst Angst erzeugen sollen dagegen sogenannte Schockanrufe, in denen dramatische Unfälle oder Notsituationen von Angehörigen vorgetäuscht werden. Die folgenden Tipps der Polizei können Ihnen dabei helfen, einen kühlen Kopf zu bewahren.

Es ist eine leider häufig vorkommende Betrugsmasche, bei der Kriminelle ihre Opfer am Telefon emotional überrumpeln. Sie geben sich entweder als Person aus dem Familien- oder Freundeskreis aus oder treten als Beschäftigte der Polizei auf. Durch technische Manipulationen kann dabei im Display sogar eine echt wirkende Behördennummer erscheinen – täuschen lassen sollte man sich davon also nicht.

Angst und Schrecken ermöglichen miese Abzocke

Es sind ganz unterschiedliche Geschichten, mit denen Betrüger*innen am Telefon auftreten. Mal geht es um einen schweren oder gar tödlichen Unfall, dann um eine benötigte Kautions zur Abwendung einer drohenden Haftstrafe. Eines aber ist all diesen frei erfundenen „Märchen“ gemeinsam: Sie

machen Angst und setzen die Betroffenen emotional und vor allem zeitlich unter Druck. Denn Ziel dieser Schockanrufe ist es, an Bargeld oder Schmuck zu gelangen.

Erfolgt der Anruf über das Mobiltelefon, werden Betrugsopfer meist bis zur erfolgreichen

Geldübergabe in der Leitung gehalten. Dies geschieht ganz bewusst, um dadurch sicherzustellen, dass die Angerufenen keine Möglichkeit haben, mit jemandem außerhalb der Situation zu sprechen. Sie sollen in der Schocksituation bleiben und gar nicht erst über die Lücken der ihnen präsentierten Geschichte nachdenken.

Märchenstunde am Telefon möglichst schnell beenden

Der wichtigste Tipp der Polizei lautet daher, am besten sofort aufzulegen. Das, so die Beratungsstelle der Behörde, sei nicht unhöflich, sondern ermögliche es Betroffenen, erst einmal durchzuatmen und sich neu zu sortieren. Im nächsten Schritt könne man dann entweder die Nummer einer vertrauten Person wählen, um sich Rat einzuholen, oder direkt die Polizei informieren.



Neben der Strafverfolgung kümmert sich die Polizei auch um Vorbeugung. Nützliche Tipps finden Sie online unter: www.polizei-beratung.de.



Foto: lordn / Adobe Stock

Wer unter Schock steht, kann meist nicht mehr klar denken. Aus dieser Tatsache schlagen kriminelle Banden schamlos Kapital.

Geschickt nutzen Kriminelle den Überraschungsmoment und hebeln dadurch den gesunden Menschenverstand aus. Daher sollten Sie die folgenden Verhaltensregeln beherzigen:

- Geben Sie niemals Ihre Kontaktdaten oder Passwörter sowie PIN oder TAN am Telefon preis.
- Übergeben Sie keinesfalls Geld oder Wertgegenstände an Ihnen Unbekannte.

• Bei Zeitdruck oder dubiosen Geschichten am Telefon das Gespräch sofort beenden.

• Informieren Sie die Polizei über die 110, wenn Ihnen ein Anruf verdächtig vorkommt.

• Handeln Sie, falls persönliche Informationen weitergegeben wurden, und rufen Sie umgehend den Sperr-Notruf unter Tel.: 116 116 an, um Zahlungskarten und Konten sperren zu lassen.

ProPK/jos

Auszubildende des BBW Stendal besuchten ehemalige DDR-Grenzanlagen und Fluchttunnel in Berlin

Geschichte an authentischen Orten erleben

Ein Projekt bot jungen Menschen aus dem Berufsbildungswerk (BBW) Stendal Einblicke in die deutsche Geschichte. Auch über 35 Jahre nach dem Mauerfall ist das ein wichtiger Teil der Ausbildung, um Verständnis für Demokratie und Freiheit zu fördern.

14 Auszubildende des Berufsbildungswerkes Stendal, einer Tochtergesellschaft des SoVD, tauchten in die deutsche Vergangenheit ein und spürten interessanten Fragen nach: Wie fühlte es sich an, in einem geteilten Land zu leben? Welche Risiken gingen Menschen ein, um die Freiheit zu erreichen?

Das dreitägige Geschichtsprojekt „Teilung – Flucht – Aufarbeitung“ führte die Jugendlichen aus verschiedenen Fachbereichen auf eine intensive Zeitreise durch die deutsch-deutsche Geschichte.

Einblicke in das System der Abriegelung

Am ersten Projekttag besuchte die Gruppe zwei historische Orte in Sachsen-Anhalt, nämlich die Gedenkstätte „Deutsche Teilung Marienborn“ und das „Grenzdenkmal Hötenleben“. Vor Ort erhielten die Teilnehmenden ein beklemmendes Bild der akribischen Grenzkontrollen an der innerdeutschen Grenze. Die Dimensionen der Sperranlagen in Hötenleben machten die historische Distanz für die Jugendlichen greifbar.

Am zweiten Tag reiste die Projektgruppe nach Berlin. Ein Highlight war die Führung der „Berliner Unterwelten“ unter dem Motto „Unterirdisch in die Freiheit“. Die Auszubildenden



Fotos: Ronald Arensbürger

Auszubildende und Pädagog*innen des BBW Stendal besuchten im Rahmen der Projektwoche den ehemaligen Grenzübergang Helmstedt / Marienborn.

zeigten sich tief beeindruckt von den Geschichten unzufriedener Bürger*innen, die mit Mut und Erfinderreichtum Fluchten aus der DDR organisierten. Die engen Tunnel und die logistische Planung hinter diesen Fluchtversuchen sorgten für reichlich Gesprächsstoff.

Abschluss und Reflexion in der Ausbildungsstätte

Der dritte Teil des Projektes fand wieder im heimischen Stendal statt. Dort stand zu-

erst der Film „Ballon“ auf dem Programm. Er thematisiert die spektakuläre Flucht einer Familie mit einem Heißluftballon und basiert auf wahren Geschehnissen.

In der anschließenden Reflexionsrunde zogen die Teilnehmenden ein durchweg positives Fazit: Das Projekt sei nicht nur aufschlussreich, sondern habe Geschichte fernab von Schulbüchern lebendig gemacht.

Ein solches Projekt ist Teamarbeit. Geplant und beglei-

tet hatten die Exkursion die Pädagog*innen Stefanie Salomon, Jacqueline Fauck, Thomas Just und Ronald Arensbürger, unterstützt durch die Praktikantin Nele Dräger.

Besonders hervorzuheben ist die fächerübergreifende Zusammenarbeit: Die kulinarische Versorgung während der Projekttag übernahmen Auszubildende aus den Bereichen Hauswirtschaft und Küche. Das unterstreicht den Gemeinschaftsgeist des BBW.



„Geschichte zum Anfassen“ für die Azubis des BBW.



Ausbau der Online-Beratung

Mit dem Online-Assistenten „SoVDigital“ können Mitglieder ganz bequem prüfen, welche Sozialleistungen ihnen zustehen. In einer ersten Phase geht es vor allem um Leistungen der Existenzsicherung. Die Beratung vor Ort bleibt natürlich weiterhin erhalten.

Der SoVD Hamburg hat ein neues Angebot zur Online-Sozialberatung entwickelt. Die digitale Assistentin Sovi führt Mitglieder des SoVD Hamburg ab sofort rund um die Uhr zur passenden Sozialleistung – von der Bedarfsermittlung über die Anspruchsprüfung hin zum fertigen Antrag.

Die Beratungsassistenz ist unter www.sovd-hh.de/sovdigital erreichbar. Sie gibt Auskunft zu Fragen der Existenzsicherung wie Wohngeld, Bürgergeld oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Einige SoVDigital-Funktionen, wie die Bedarfsermittlung und Anspruchsprüfung, stehen allen Interessierten offen. Die Antragstellung ist nur Mitgliedern des SoVD Hamburg möglich.

Interessierte wählen einen Direkteinstieg oder das Thema, das am besten zu ihnen passt. Daten können bequem per Foto hochgeladen oder händisch eingegeben werden. Den Rest



Foto: MaxStock / Adobe Stock

Der SoVD Hamburg bietet auf seiner Website eine neue Online-Beratung an. Sie funktioniert am PC und auf Mobilgeräten.

erledigt Sovi. Sie sortiert alle Informationen, prüft, welche Leistungen infrage kommen, berechnet, welche davon den größten finanziellen Nutzen bietet, und erstellt automatisch den passenden Antrag.

Die persönliche Beratung vor Ort findet selbstverständ-

lich weiterhin statt. „Wir lösen die Vor-Ort-Beratung mit SoVDigital nicht ab, sondern bieten beides parallel an. So erweitern wir unser Service-Angebot und garantieren Teilhabechancen für alle“, erklärt Klaus Wicher, Landesvorsitzender des SoVD Hamburg.

SoVD veröffentlicht Sozial-Info zum neuen Modell

Übersicht zur Aktivrente

Der Staat belohnt das Weiterarbeiten über die Regelaltersgrenze hinaus mit einem Steuerbonus. Welche Voraussetzungen dabei gelten, erklärt der SoVD in einer neuen Sozial-Info. Der Verband fürchtet zugleich, dass davon vor allem Besserverdienende profitieren.

Seit dem 1. Januar 2026 gilt die sogenannte Aktivrente. Dabei handelt es sich nicht um eine neue Rentenart, sondern um einen steuerlichen Anreiz: Wer nach Erreichen der Regelaltersgrenze weiter arbeitet, kann monatlich bis zu 2.000 Euro seines sozialversicherungspflichtigen Einkommens steuerfrei beziehen. Ziel der Regelung ist es, ältere Beschäftigte länger im Erwerbsleben zu halten und so dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Allerdings profitieren nur sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Voraussetzung ist das Erreichen der Regelaltersgrenze, die schrittweise auf 67 Jahre angehoben wird.

Der SoVD sieht die Regelung kritisch. Sie kommt vor allem gesunden und besserverdienenden Menschen zugute, während Beschäftigte mit Erkrankungen oder in besonders belastenden Berufen kaum profitieren dürften. Dadurch droht eine weitere soziale Spaltung im Alter – auch wenn die Aktivrente für einige attraktiv sein kann.

Genauere Informationen, auch zu Beratungsmöglichkeiten rund um die Aktivrente, hat der SoVD in einer neuen Sozial-Info gesammelt. Diese ist unter www.sovd.de im Menü „Medien“ und dann im Bereich „Sozial-Infos“ veröffentlicht.



Foto: auremar / Adobe Stock

Im Rentenalter zu arbeiten kommt nur für manche infrage.

300.000 Mitglieder vertrauen SoVD in Niedersachsen

Der SoVD in Niedersachsen stellt einen neuen Mitgliederrekord auf und knackt die 300.000er-Marke. Damit bleibt er der größte Sozialverband im Bundesland und berät auch weiterhin seine Mitglieder kompetent zu den Themen Rente, Behinderung, Pflege, Gesundheit, Bürgergeld und Patientenverfügung / Vorsorgevollmacht.

Der SoVD ist weiter auf Erfolgskurs: Mittlerweile vertrauen ihm in Niedersachsen mehr als 300.000 Menschen.

Der Verband steht Ratsuchenden zur Seite, wenn etwa die Rentenversicherung eine Erwerbsminderungsrente ablehnt, bei Menschen mit Behinderungen ein wichtiges Merkzeichen nicht anerkannt oder der Pflegegrad falsch berechnet wird.

„Angesichts unserer Zahlen wird deutlich, dass sich immer mehr Menschen im Umgang mit Behörden und Krankenkassen überfordert fühlen, weil viele Verfahren einfach zu kompliziert sind“, stellt Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen, fest. Dies zeige auch die Anzahl der geführten

Verfahren. „Wir stellen für unsere Mitglieder Anträge, legen Widerspruch oder Klage ein und gehen auch in Berufung.

Wenn sich der Bedarf an Unterstützung weiter so fortsetzt wie die ersten Monate in diesem Jahr, liegen wir Ende dieses Jahres zehn Prozent über dem Vorjahresschnitt und haben mehr als 55.000 Verfahren geführt“, erläutert Swinke.

Er gehe fest davon aus, dass die Nachfrage nach Hilfe weiterhin groß sein wird: „Die Kürzungspläne der Bundesregierung in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Eingliederungshilfe und Bürgergeld werden zum Teil fatale Auswirkungen auf die Menschen haben.“ Schon jetzt sei die Verunsicherung an vielen Stellen groß, professionel-

Anzahl der Verfahren wächst gegenüber dem Vorjahresschnitt

SoVD in Niedersachsen erstritt 2025 rund 63,5 Mio. Euro für seine Mitglieder

le Unterstützung sei deshalb dringend notwendig. In rund 50 Beratungszentren in ganz Niedersachsen berät der SoVD Menschen, die nicht mehr weiterwissen. Und das mit Erfolg: Im vergangenen

Jahr hat der Landesverband Niedersachsen 63,5 Millionen Euro an einmaligen Zahlungen für seine Mitglieder erstritten. „In all diesen Fällen haben Behörden und Institutionen zulasten der Betroffenen falsch



Foto: Martin Bargiel

Die SoVD-Mitglieder können sich in Niedersachsen an rund 50 verschiedene Beratungszentren wenden, die über das gesamte Bundesland verteilt sind. Zusätzlich unterstützen die SoVD-Rechtsexpert*innen per Telefon, Videokonferenz, E-Mail oder SoVD-App.

SoVD plant Aktionen rund um die Kommunalwahl

Im September steht in Niedersachsen die Kommunalwahl an. Dabei geht es um mehr als um die Stimmen der Wähler*innen. Es geht um das Leben der Menschen direkt vor ihrer Haustür – um Orte, an denen sie sich wohlfühlen und dazugehören.

Deshalb zeigt der SoVD-Landesverband in Niedersachsen im Rahmen seiner Kampagne „Für mehr Miteinander“ mit verschiedenen Aktionen auf, welche Themen wirklich zählen.

Gibt es bei mir vor Ort ein Schwimmbad? Kann ich mit dem Bus zur Arbeit fahren? Oder habe ich eine Hausärztin ganz in meiner Nähe?

Das sind einige von vielen Aspekten, die das Leben der Menschen in Niedersachsen lebenswert machen und das Gefühl von sozialer Gerechtigkeit vermitteln.

„Deshalb ist es Aufgabe der Städte und Gemeinden, mehr zu tun, um das Miteinander vor Ort besser zu gestalten. Denn daran hakt es leider in vielen Kommunen“, sagt Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Im Hinblick darauf sei es besonders wichtig, dass möglichst viele im September wählen gehen.

Um deutlich zu machen, welche Themen im Fokus stehen, wenn es um Miteinander und eine gerechte Gesellschaft geht, startet Niedersachsens größter

Sozialverband ab Mai zahlreiche Aktionen – unter anderem in Osterode, Diepholz, Schaumburg, Hannover, Emsland und Wilhelmshaven.

Viele ehrenamtlich Aktive werden dabei mit den Bürger*innen sprechen und herausfinden, was ihnen ganz konkret auf dem Herzen liegt.

„Das möchten wir anschließend auch für unsere Gespräche mit Politiker*innen nutzen“, erläutert Swinke. Außerdem gibt es eine Umfrage, zahlreiche Informationen und Malaktionen für Kinder.

Mehr Informationen dazu sind ab Mai im Internet unter www.fuer-mehr-miteinander.de abrufbar.

Dort gibt es auch eine Broschüre mit Forderungen und Wahlprüfsteinen des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen zur Kommunalwahl.

Menschen das Gefühl von sozialer Gerechtigkeit vermitteln

Gerechtigkeit vermitteln



Illustration: Steeeg GmbH

Vorgeschmack: Die Abbildung zeigt nur einen Ausschnitt des großen Ausmal-Plakates des SoVD. Dieses wird bei den Aktionen ab Mai mit dabei sein. Darauf können Interessierte jeden Alters gemeinsam ihre Wunsch-Kommune als Bild gestalten.

Alte Versicherungen von Erkrankten greifen möglicherweise nicht mehr

Verträge-Check bei Demenz

Private Versicherungen kann man kündigen, ändern oder wechseln; meist bis drei Monate vor Ablauf des Vertragsjahres. Ob das nötig ist oder die Bedingungen noch passen, sollte man regelmäßig prüfen – besonders, wenn sich die Lebenslage ändert. Ein wichtiges Beispiel ist eine Demenz-Diagnose.

Erkrankt jemand an Demenz, gibt es viel zu regeln und organisieren. In rund 80 Prozent der Fälle machen das Familienmitglieder, was meist viel und belastend ist. Trotzdem sollten Angehörige dabei auch daran denken, Versicherungen zu prüfen, ob sie noch sinnvoll sind, raten die Verbraucherzentralen (VZ). Mancher Schutz greife nämlich bei Demenz nicht. Mit Anpassungen könne man das Risiko aber vielfach verringern. Vor allem ein Check von drei Versicherungen sei wichtig:

Privathaftpflicht: Demenzklausel einfügen

Eine private Haftpflichtversicherung sei laut VZ „ein absolutes Muss für alle“. Denn wer anderen durch Unvorsichtigkeit oder Leichtsinn Schaden zufügt, muss sie dafür finanziell entschädigen. Das kann teuer werden – dann springt die Haftpflicht ein. Sogar „grobe Fahrlässigkeit“ ist hier mitversichert, nur „Absicht“ ist ausgenommen. Hat der*die Versicherte aber fortgeschrittene Demenz, zahlt der Versicherer häufig nicht. Die Logik dahinter: Demente gelten als „nicht deliktisfähig“ und können so nicht für Schäden haften. Geschädigte, oft Nahestehende, gehen dann leer aus.

Hier hilft eine Zusatzregelung. Mit einer „Demenzklausel“ kön-

nen Angehörige oft die demente Person in ihren eigenen Versicherungsschutz einschließen – sofern sie bei ihnen oder im Pflegeheim wohnt. Lebt sie allein, geht das meist nicht.

Hausratversicherung: grobe Fahrlässigkeit einschließen

Kein Fall für die Haftpflicht, sondern die Hausratversicherung sind eigene Schäden zu Hause, etwa wenn vergessene Kerzen einen Brand auslösten. Die Versicherung ersetzt dann den Besitz. Doch gerade bei Demenzkranken gilt so etwas als „grobe Fahrlässigkeit“, und hier kann der Anbieter dann die Leistung kürzen. Meist lässt

sich gegen einen Aufpreis eine Regelung vereinbaren, mit der er auf diesen Einwand verzichtet. Das kann sich lohnen, selbst wenn Zahlungen auf eine Höchstsumme gedeckelt sind.

Unfallversicherung: auf Gültigkeit überprüfen

Eine private Unfallversicherung zahlt bei Demenz oft nicht. Passiert ein Unfall etwa durch Verwirrtheit oder Bewusstseinsstörung, kann das ungedeckt sein. Einige Anbieter schließen Menschen ab Pflegegrad 3 ganz aus oder schränken den Schutz stark ein. Familien sollten die alte Police darauf prüfen und möglichst anpassen. *ele/VZ*



Foto: Ingo Bartussek / Adobe Stock

Zahlt die Versicherung auch für Demente? Angehörige sollten Verträge ihres erkrankten Familienmitgliedes unter die Lupe nehmen.



Foto: Wolfgang Borrs

Fünf der sechs Schülerinnen mit den Vorständinnen Sandra Fehlberg (li.) und Michaela Engelmeier (re.) und Fachfrauen der Sozialpolitik.

Klischees und Rollenbilder prüfen, Mädchen stärken

Girls' Day im SoVD

Am 23. April war in ganz Deutschland wieder „Girls' Day“, der Mädchen-Zukunftstag. Wie in vielen Vorjahren beteiligte sich daran auch wieder der SoVD. Denn eine klischeefreie Berufsorientierung zu fördern, das sieht er als wichtigen Aspekt der Gleichstellung.

Schon seit 25 Jahren laden Betriebe am Aktionstag Kinder und Jugendliche ab der fünften Klasse zu sich ein. Die Mädchen können in die Arbeitswelt „reinschnuppern“ und dabei ihre Berufswünsche, Geschlechterklischees und Rollenbilder hinterfragen.

Zu Gast im Erich-Kuttner-Haus, der SoVD-Bundesgeschäftsstelle, waren sechs Berliner Gymnasiastinnen der Klassen 7 bis 9, alle 13 und 14 Jahre alt. Sie bekamen Einblicke in den SoVD, machten einen Videodreh der Pressestelle mit und lernten dann weibliche Führungskräfte als Vorbilder kennen – die Vorständinnen Michaela Engelmeier und Sandra Fehlberg sowie die Abteilungsleiterinnen Dr. Simone Real und Stefanie Lausch –, zudem die Arbeit von Referentinnen. Anieke Fimmen und Henriette Wunderlich informierten über Interessenvertretung für Mädchen mit Behinderungen und über frühe Altersvorsorge. Das von der Abteilung Sozialpolitik geplante Programm enthielt aber auch Pizza. *ele*



Anzeigen

Harz

Bad Lauterberg FeWo, Kab.-TV, Sep.-Eing., Ruh.Lage, 2 Pers., ab 35,- €/Tag ☎ 05524/1630

Teutoburger Wald

Bad Salzuffen FeWo an der Promenade, 1A Lage, privater Garten, überdachte Terrasse. ☎ 05222/15217 | fewobadsalzuffen@gmail.com

Gesucht & Gefunden

Treppenlift

Bundesweiter Service, 24 Stunden, 365 Tage im Jahr

Auch zur Miete

- Service bundesweit
- Kurze Lieferzeiten
- Sehr preiswert

Neu oder gebraucht

Rufen Sie uns kostenlos an **0800 - 234 56 55**

www.minova-lift.de

Schwarzwald

Nordschwarzwald, FeWo, 65qm, EG, Südterrasse, WLAN, Imkerei, T. 07235/7289, www.bee-inn.de

Hier könnte auch Ihre Anzeige stehen:

Privat-, Kontaktanzeigen, Gewerbliche Anzeigen oder Reiseanzeigen.

Buchung und Beratung unter **07243 / 5390-123**

Bayerischer Wald

URLAUBSHOTEL **Binder**

So muss Urlaub sein!

5 ÜN pro Person ab 385,- inkl. Halbpension PLUS

mit Frühstücksbuffet, Mittagsimbiss, Kaffee & Kuchen, abends 3 Gänge-Menü

Gr. Hallenbad 32°C, 6 Saunen, Fitness

Urlaubshotel Binder, Alfred Binder Freihofer Straße 6, 94124 Büchlberg

Tel. 08505 / 90070, info@hotelbinder.de

www.hotelbinder.de

Naturpark Spessart

Ihr barrierefreies Hotel - Panoramalage - Lift

Hallenbad-Infrarot-Sauna-Whirlpool-Dampfbad-Kegelbahnen

staatl. anerk. Erholungsort. 90km Wanderwege, Biergarten, Livemusik, viele Einzelzimmer, Beste Ausflugsmöglichkeiten Seniorengerecht, alle Zi. Flachdusche/WC/Föhn/Safe/Wlan/TV.

Landhotel Spessartruh | Wiesenerstr.129 | 97833 Frammersbach, Bayern

Tel. 09355-7443 | www.landhotel-spessartruh.de landhotel@spessartruh.de

Ihr Anzeigenvermarkter der SoVD Zeitung!

agentur neun

Ansprechpartner
Agentur Neun GmbH
Vanessa Kunz
Pforzheimer Straße 132
76275 Ettlingen
Telefon: 07243/ 53 90-123
E-Mail: vanessa.kunz@agenturneun.de

Reisetipp

Seniorenurlaub

Allgäu, Ostsee und Böhmisches Bäderdreieck

GUTSCHEIN für einen Katalog „Urlaub 2026“. Hotels im Allgäu, an der Ostsee und im Böhmisches Bäderdreieck, inkl. Hin- u. Rückfahrt im Kleinbus, inkl. Haustürabholung, z.B. 7 Tage inkl. HP für nur 759,- €. **Gratis-katalog anfordern unter ☎ 0 83 76 / 92 92 72**

Seniorenflug Keller GmbH, Alpenblickstr. 17, 87477 Sulzberg • www.seniorenflug.de

Nord-/ Ostsee

Büsum*** FeWo-2Pers. 38qm/FeWo-4Pers. 50qm, Küche, WoZ., SZ., D-Bad, Balkon, Garten, Stellplatz, TV uvm. ☎ 0174/6113066

Kaiserbad Heringsdorf/Ostsee-Ferienwoh. strandnah Garten Hund willkommen freie Termine ab 85 € ☎ 0174/6882835

Nord-Ostsee-Kanal! Meist befahrene Wasserstraße der Welt, Fehos, Dachterr., Badesee, Hauspr. ☎ 04835/1300, landhausamgrashof.de

Büsum: versch. FeWo, 1-6 Pers. Bezogene Betten bei Anreise. Teilweise Seeblick. ☎ 04834-9204, www.deichtraeume.de

Ostsee-Fehos von privat 2-4 Personen www.ostsee-erik-ruegen-zingst.de

NORDSEE: 2 NR-Fehos, sep. Eingang, Garage 2 Schlafzimmer, Hausprsp. ☎ 04846/291

(K)urlaub u.a. Usedom, 7 Tg., HP, 10 Anwd., Hotel**** ab €222,- optional Hausabholung ab €99,- JAWA-Reisen.de (GmbH) Giersstr. 20, 33098 Paderborn ☎ 05251/390 900

BÜSUM, DZ u. EZ, TV, Garten, zentr. Lage + UF 25,- €. ☎ 0160/171 44 38

Ostsee Fehmarn: Bungalow & FeWo, 2-5 Pers., direkt am Wasser, Angler, Hunde, Radler ☎ 04371/9257 ferieninfehmarnsund.de

BÜSUM, ****-Feho, 1 - 3 Personen, 5 min. z. Strand u. Ortskern, Flachbild-Kabel-TV, NR, keine Haustiere, ab 29,- € ☎ 0 48 34/2611 • www.haus-corinna.de

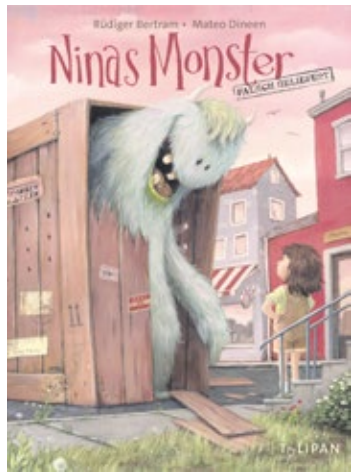
BÜSUM, 3 DZ mit Farb-TV und 1 FeWo. Kühlschrank, Garten. ☎ 04834/8493



Tipp für Kinder

Ninas Monster – falsch geliefert

Nina wünscht sich nichts sehnlicher als ein Monster. Eines, das so furchterregend ist, dass sich niemand mehr traut, sie zu ärgern. Als sie eines Tages den Versandkatalog einer Monsteragentur findet, scheint ihr Traum zum Greifen nah. Denn dort gibt es kleine und große Monster, gefährliche und verspielte, Monster in allen Farben. Das Monster namens Walter erscheint Nina perfekt! Doch als nach einer schier endlosen Wartezeit die Spedition endlich liefert, versteckt sich in dem viel zu großen Karton nicht der furchteinflößende Walter, sondern die ängstliche Mimi.



Rüdiger Bertram lebt davon, sich Geschichten für Kinder auszudenken. Er selbst ist noch keinem echten Ungeheuer begegnet. Trotzdem ist dieses Buch der Auftakt für eine monsternormig lustige Reihe.

Rüdiger Bertram: *Ninas Monster. Falsch geliefert*. Mit Bildern von Mateo Dineen. Tulipan, 144 Seiten, ab acht Jahren, ISBN: 978-3-86429-676-5, 15 Euro.

Möchtest du das Buch gewinnen? Dann schicke die Lösung aus „Rolands Rätselecke“ mit dem Betreff „Ninas Monster“ per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Mai.



Rolands Rätselecke

Labyrinth der Gruselwesen

In diesem Irrgarten tummelt sich eine Reihe ganz unterschiedlicher Monster. Fast alle von ihnen sind paarweise unterwegs – bis auf eines. Findest du das Monster, das es nur einmal gibt? Die daneben stehende Nummer ist die von uns gesuchte Lösung.



Grafiken: Igor Zakowski; julien / Adobe Stock



MACH MIT BEI UNSERER GROSSEN MALAKTION!

WIR FREUEN UNS AUF DEINE BUNTEN IDEEN!

JETZT MALEN + GEWINNEN!

HAST DU DICH SCHON MAL GEFRAGT,...

... wie eine gerechte Welt aussieht? Eine Welt, in der alle dazugehören und freundlich miteinander umgehen?

Soziale Gerechtigkeit bedeutet, dass alle Menschen fair behandelt werden. Egal, wie jemand aussieht, was er oder sie besonders gut kann, ob jemand jung oder alt ist oder vielleicht eine Behinderung hat.

Jeder Mensch ist wichtig – und du bist es ganz besonders! Gerecht ist es, wenn alle das bekommen, was sie brauchen, um glücklich zu sein. Wenn wir uns gegenseitig helfen, teilen und nett zueinander sind, wird die Welt für alle ein besserer Ort.

Und jetzt kommst du ins Spiel! Wie sieht deine gerechte Welt aus? Voller Freundschaft, bunter Vielfalt, Hilfsbereitschaft und Zusammenhalt?

Male, bastle oder gestalte ein Bild von einer Welt, in der alle dazugehören und fair behandelt werden! Die schönsten Bilder werden veröffentlicht – und mit etwas Glück gewinnst du unseren süßen Roland-Teddybären zum Kuscheln.

WIR FREUEN UNS AUF DEIN KUNSTWERK!

Teilnahmebedingungen:
Schicke dein Bild mit Angabe von deinem Alter und deinem Namen gern auch digital bis zum 15.5.2026 ein.
E-Mail: marketing@sovd.de oder an den Sozialverband Deutschland, Marketing, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin.

Schauspieler Sebastian Bezzel geht für eine Dokureihe auf Entdeckungstour

Im Wohnmobil durch Bayern

Bekannt wurde er als Provinzpolizist Franz Eberhofer. Dort wie auch im echten Leben steht ihm Schauspielkollege Simon Schwarz als Freund zur Seite. Im Bayerischen Rundfunk (BR) sind die beiden zudem regelmäßig als „Grenzgänger“ zu sehen. Am 18. Mai wird Sebastian Bezzel 55 Jahre alt.

In der Komödie „Die Ältern“ spielte er zuletzt einen Vater, der mit dem Erwachsenwerden der Kinder hadert. Privat steht Sebastian Bezzel dagegen bisher nicht vor diesem Problem. Seine beiden Kinder stecken derzeit noch mitten in der Pubertät.

Über mangelnde Arbeit kann sich der in Hamburg lebende Darsteller nicht beklagen. Für die Reihe „Bezzel & Schwarz-Die Grenzgänger“ (zu sehen ab dem 4. Mai immer montags um 20.15 Uhr im BR) besuchte er etwa das Münchner Hofbräuhaus oder die Bergwacht Grainau.



Foto: Marco Nagel/Film Five GmbH/BR

Den Freunden Sebastian Bezzel (re.) und Simon Schwarz macht es sichtlich Spaß, wenn sie gemeinsam vor der Kamera stehen.

Kabarettistin Lisa Feller („Quatsch Comedy Club“) wollte Religionslehrerin werden

Eine fast schon göttliche Pointe

Ursprünglich studierte sie Grundschullehramt mit dem Hauptfach Katholische Religion. Dann aber wurde sie doch lieber Komikerin. Wohl auch mit Blick auf ihre eigenen Kinder trug ihr erstes Bühnenprogramm den Titel: „Der Teufel trägt Pampers“. Am 15. Mai feiert Lisa Feller ihren 50. Geburtstag.

Der Unterricht bei ihr wäre mit Sicherheit unterhaltsam gewesen. Über Bühne und Fernsehen erreicht Lisa Feller aber letztlich natürlich ein größeres Publikum – etwa als Gastgeberin der ARD-Kabarettshow „Ladies Night“.

Keinen Spaß versteht die gebürtige Düsseldorferin jedoch, wenn es um Gewalt geht. Seit Jahren setzt sie sich für missbrauchte Kinder ein und unterstützt das Frauenhaus Münster. Dorthin spendete Feller unter anderem mehr als 16.000 Euro, die sie in dem Quiz „Gefragt – Gejagt“ gewonnen hatte.



Foto: Melanie Grande/WDR

Wer Lisa Fellers Programm „Dirty Talk“ sehen möchte, schaltet am 9. Mai um 23.15 Uhr den Westdeutschen Rundfunk (WDR) ein.

Als erster Deutscher könnte Alexander Gerst auf dem Erdtrabanten landen

Sein Reiseziel lautet Mond

Er nahm bereits an zwei Langzeitmissionen im Weltall teil. Zudem engagiert er sich als Botschafter für das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF). Im Jahr 2028 nun könnte der Deutsche als erster europäischer Astronaut zum Mond fliegen. Am 3. Mai wird Alexander Gerst 50 Jahre alt.

Zunächst hatten es Alexander Gerst die Vulkane Neuseelands angetan. Nach einem Auswahlverfahren der Europäischen Weltraumorganisation absolvierte der Geophysiker dann eine Ausbildung als Astronaut. Über seine Begeisterung spricht er gerne, etwa als „Mastronaut“ in der Sendung mit der Maus.

Der Raumfahrer setzt sich zudem für Umwelt- und Klimaschutz ein. Denn aus dem Weltall betrachtet, so Gerst, sei die Erde ein schockierender Anblick: „Alles vertrocknet und braun, was eigentlich grün sein sollte.“



Foto: Raimond Spekking/CC BY-SA 4.0

Als einer von zwei Kandidaten hat Alexander Gerst gute Chancen, bei der ersten Mondlandung seit über 50 Jahren dabei zu sein.



Buchtipps

Nimm. Dir. Zeit.

Für Wolf Küper ist die am meisten unterschätzte Zutat zum Glückseligkeit Zeit. Aber wie hängt beides zusammen? Und woher nehmen wir mehr Zeit in einer Welt, in der sie längst zur knappsten Ressource geworden ist? Um diese Fragen zu beantworten, taucht der Wissenschaftler tief in Erkenntnisse der Glücks- und Zeitforschung ein. Er verknüpft sie mit den Lehren aus zahlreichen Begegnungen, die er auf seinen Reisen gemacht hat.

„Nimm. Dir. Zeit.“ ist ein leidenschaftliches Plädoyer dafür, den Wert des Moments zu erkennen und die Schönheit der Gegenwart zu feiern. Im Mittelpunkt steht der achtsame Umgang mit unserer endlichen und kostbaren Lebenszeit. Wolf Küper zeigt auf kluge und humorvolle Weise, wie wir Zeit gestalten können, damit sie glückswirksam werden kann. Denn ein wirklich gutes Leben und nicht im Irgendwann – es ist zum Greifen nah, jetzt und hier.



Wolf Küper: Nimm. Dir. Zeit. Die Rückeroberung des guten Lebens. Ludwig, 368 Seiten, ISBN: 978-3-453-28181-3, 20 Euro.

Möchten Sie ein Exemplar des vorgestellten Buches gewinnen? Dann schreiben Sie uns mit dem Betreff „Nimm. Dir. Zeit.“ entweder per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder aber per Post mit dem gleichen Stichwort an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Mai.



Denksport

Wonnige Wortspiele



Foto: Ju_see/Adobe Stock

1. AMOK SILBEN

2. LIMO WABE

3. BAU MAMI

4. MAGIE TARIFE

5. BAUMKUNDE GING

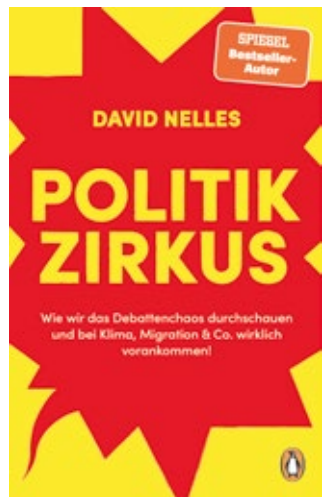
Dieses Mal haben wir uns das Volkslied „Alles neu macht der Mai“ zu Herzen genommen. Herausgekommen sind fünf Anagramme (aufgeteilt auf zwei Wörter), hinter denen sich jeweils ein zusammenhängender Begriff verbirgt. In diesem kommt immer der „MAI“ vor – auch wenn damit nicht unbedingt der gleichlautende Monat gemeint ist. Können Sie die Buchstaben wieder ordnen?

Die Auflösung steht wie immer auf Seite 18.

Buchtip

Politikzirkus

Haben Sie auch oft den Eindruck, dass es in öffentlichen Diskussionen häufig um Scheindebatten, um den Streit der Parteien und um den x-ten Aufguss altbekannter Probleme geht? David Nelles zeigt anhand typischer Aussagen aus Politik und Medien, wie uns



Desinformation, Schwarz-Weiß-Denken und eigene Denkfallen in die Sackgasse führen – und wie wir das durchbrechen können.

Verständlich, pointiert und humorvoll liefert sein Buch konkrete Ideen zu Klimaschutz, Migration, Rente, Ungleichheit, Obdachlosigkeit und mehr. Nelles zeigt, wie Veränderung gelingt: Wer vom Dauerstreit in den Lösungsmodus wechseln und selbst Teil des Fortschritts werden will, findet hier den richtigen Anstoß. Diverse farbige Illustrationen und Grafiken von Sophie Hertrich erleichtern dabei das Verständnis.

Davis Nelles: Politikzirkus. Penguin, illustriert von Sophie Hertrich, 240 Seiten, ISBN: 978-3-328-60409-9, 25 Euro.

Möchten Sie ein Exemplar des vorgestellten Buches gewinnen? Dann schreiben Sie uns mit dem Betreff „Politikzirkus“ per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder mit dem gleichen Stichwort per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Mai.

Variante: LEICHT

	7	8			5	1		
2	9			1		○	5	7
1		4	7	3				2
6					7			
○				8				
			3					5
	8			7	2	6		9
9	1			6		○	4	8
		2	1			5	7	

Auflösung des Vormonats

5	7	1	4	9	3	8	6	2
8	3	4	6	2	1	7	9	5
6	2	9	5	8	7	3	4	1
2	1	7	9	6	8	4	5	3
9	5	3	2	7	4	6	1	8
4	6	8	1	3	5	9	2	7
3	9	2	7	5	6	1	8	4
1	8	5	3	4	9	2	7	6
7	4	6	8	1	2	5	3	9

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile und jeder Spalte und in jedem 3x3-Feld nur einmal vorkommen.

Auflösung des Vormonats

4	6	3	8	5	7	2	1	9
5	2	7	6	1	9	8	4	3
9	1	8	2	4	3	7	5	6
6	9	5	1	2	8	3	7	4
3	8	2	7	9	4	1	6	5
1	7	4	3	6	5	9	2	8
8	3	1	5	7	6	4	9	2
2	4	6	9	8	1	5	3	7
7	5	9	4	3	2	6	8	1

Variante: MITTEL

3		4			6	2		○
5			1	3				
	6	7		4				
	8	2					4	
	3			7			9	
	7	○				5	1	
			○	6		1	8	
				9	5			6
		3	8			9		4

Möchten Sie einen weiteren, hier nicht abgebildeten Buchpreis gewinnen? Dann notieren Sie die eingekreisten Zahlen von oben nach unten und schicken Sie diese per E-Mail an: sudoku@sovd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, „Sudoku“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Mai.

Dieses Rätsel steht über das E-Paper auch online zur Verfügung.

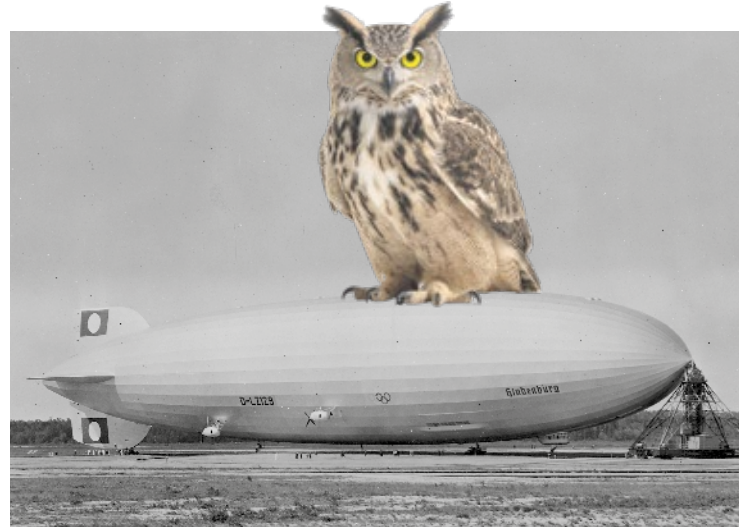
Hätten Sie's gewusst?

Zusammenhalt aus der Tube

Vermutlich mit klebrigen Fingern kam August Fischer 1932 aus seinem Labor. Er hatte soeben den ersten Alleskleber der Welt erfunden. Die Mischung aus Kunstharzen war so stark, dass sie auch beim Bau der „Hindenburg“ Verwendung fand – der Zeppelin wurde nicht verschraubt, sondern geklebt.

Fischer war Apotheker und stammte aus dem Schwarzwald, wo ihm eine chemische Fabrik gehörte. Stets auf der Suche nach neuen Produkten, tüftelte der fleißige Unternehmer an einem Ersatz für das bis dahin gebräuchliche „Syndetikon“ herum. So bezeichnete man einen aus Fischresten hergestellten Leim. Dieser roch nicht nur reichlich übel, sondern wurde zudem auch schnell spröde und hielt somit meist nicht lange. Das sah bei Fischers Erfindung ganz anders aus. Der glasklare Kunstharzkleber kam damals einer Revolution gleich und hält bis heute die Welt zusammen.

Bei der Namensgebung orientierte sich August Fischer am damaligen Zeitgeist. Ob Pelikan, Schwan oder Adler – Tiernamen



Fotos: gemeinfrei; Piot / Adobe Stock; Montage: SoVD

„Im Falle eines Falles, klebt UHU wirklich alles“ – sogar Luftschiffe. Für das Ende der „Hindenburg“ war der Kleber nicht verantwortlich.

standen bei der Benennung derische Schwarzwälder nach von Büroartikeln hoch im Kurs. Daher entschied sich der erfindische Forst für den Uhu.

Redensarten hinterfragt

Auf den Schlips getreten

Nimmt jemand etwas persönlich oder zeigt sich beleidigt, dann fühlt sich diese Person redensartlich auf den Schlips getreten. Tatsächlich geht diese Redewendung zurück auf ein Kleidungsstück. Anders als man vielleicht vermuten könnte, band man sich dieses jedoch nicht um den Hals.

Im heutigen Sprachgebrauch ist ein Schlips gleichbedeutend mit einer Krawatte. Deren Ursprung lässt sich bis zum Dreißigjährigen Krieg (1618–1648) zurückverfolgen. Damals trugen kroatische Soldaten ein dünnes Tuch ihrer Liebsten um den Hals. Der dabei verwendete Knoten stand symbolisch für die innige Verbindung des Paares. Durch den französischen König Louis XIII fand diese Mode schließlich ihren Weg nach Paris. Mit der gesuchten Redewendung hat das jedoch nichts zu tun.

In Deutschland sprach man in diesem Zusammenhang erst Mitte des 19. Jahrhunderts von einer Krawatte. Unter einem Schlips verstand man seinerzeit die länglichen Enden von Herrenmänteln. Da diese Rockzip-



Fotos: Cookie Studio, Anterovium / Adobe Stock; Montage: SoVD

Schlechte Laune? Dann trifft die zu feierlichen oder offiziellen Anlässen getragene Krawatte daran vermutlich keine Schuld.

fel weit herunterhingen, konnte man leicht einer anderen Person „auf den Schlips treten“. Bei dem Besitzer des Kleidungsstückes dürfte das nicht gerade für Begeisterung gesorgt haben.

Des Rätsels Lösung

Knack das Kreuzworträtsel (Ausgabe April, Seite 16)

Wenn ihr beim Osterrätsel alle Begriffe richtig eingetragen habt, dann lautete euer Lösungswort „Eierschalen“.

Wonnige Wortspiele (Denksport, Seite 17)

Was für ein Durcheinander! Hier nun die gesuchten Wörter mit „MAI“:
1. AMOK SILBEN (Maiskolben),

- 2. LIMO WABE (Maibowle),
- 3. BAU MAMI (Maibaum),
- 4. MAGIE TARIFE (Maifeiertag),
- 5. BAUMKUNDE GING (Maikundgebung).



Aktive Erholung in Ungarn

Seereise „Ostsee kompakt“

Die Kleinstadt Bad Zalakaros liegt inmitten des Naturschutzgebietes Klein-Balaton und ist einer der schönsten Kurorte in Ungarn.



IHR HOTEL: 4+ Hotel Karos Spa

Lage: Das 4-Sterne-Hotel Karos Spa liegt in ruhiger Umgebung, etwa 400 Meter vom Zentrum des beliebten Kurortes Zalakaros entfernt, eingebettet in die Naturregion Klein-Balaton.

Zimmer/Ausstattung: Das Hotel verfügt über insgesamt 220 komfortable Zimmer (davon 190 Doppelzimmer), die mit Bad oder Dusche/WC, Föhn, Telefon, Sat.-TV, WLAN, Minibar, Safe sowie Klimaanlage ausgestattet sind. Zur weiteren Ausstattung gehören eine großzügige, ca. 4.000 m² große Wellnesswelt, ein Restaurant, Café, Bar sowie Parkplätze und Garage (gegen Gebühr). Kreditkarten werden akzeptiert.

Freizeit/Kur/Unterhaltung: Entspannen Sie in der weitläufigen Wellnesslandschaft mit Thermalbad aus eigener Quelle, Innen- und Außenpool (saisonabhängig), Whirlpool, Sauna und Dampfbad. Die hoteleigene Kurabteilung bietet vielfältige Anwendungen wie Massagen, Hydro-, Elektro- und Balneotherapie sowie Heilgymnastik (teilweise gegen Gebühr). Abgerundet wird das Angebot durch Kosmetik-, Gesichts- und Körperbehandlungen sowie ein abwechslungsreiches gastronomisches Angebot.



4+ Hotel Karos Spa



Zimmerbeispiel, 4+ Hotel Karos Spa



Innenpool, 4+ Hotel Karos Spa

INKLUSIV-LEISTUNGEN

- ✓ Haustürabholung inkl. Kofferservice
- ✓ Flugreise ab Deutschland (Linienflüge ab/bis Wien oder Zagreb)
- ✓ Transfer Flughafen - Hotel - Flughafen
- ✓ 7/14/21x Übernachtung im 4+ Hotel Karos Spa
- ✓ 7/14/21x Halbpension
- ✓ Begrüßungscocktail
- ✓ 1x Gutschein für Kaffee und Kuchen im Café Segretto in Bad Zalakaros
- ✓ Benutzung der hoteleigenen Badelandschaft
- ✓ Abwechslungsreiches Fitnessprogramm
- ✓ Kostenfreier Internetzugang (WLAN)
- ✓ Leihbademantel
- ✓ Örtliche, deutschsprachige Gästebetreuung
- ✓ Versicherungsschein

TERMINE & PREISE 2026 p.P. im DZ

Anreise:	8 Tage / 7 Nächte	15 Tage / 14 Nächte	22 Tage / 21 Nächte
A 20.05.; 03.06.; 17.06. 02.09.; 16.09.; 30.09.; 14.10.; 28.10.	€ 990,- <small>statt € 1.040,-</small>	€ 1.490,- <small>statt € 1.590,-</small>	€ 1.990,- <small>statt € 2.140,-</small>
B 01.07. 19.08.	€ 1.140,- <small>statt € 1.190,-</small>	€ 1.740,- <small>statt € 1.840,-</small>	€ 2.340,- <small>statt € 2.490,-</small>

ZUBUCHBARE LEISTUNG p.P.

- › Einzelzimmer-Zuschlag € 25,-/Nacht
- › Aufpreis Kur-Paket (6 Anwendungen): ab € 135,-
- › Weitere Kur-Pakete auf Anfrage.

Hinweise:

- *1 Bei Buchung bis 29.05.2026 erhalten SoVD-Mitglieder € 50,- p.P. Ermäßigung pro Woche auf Ihren Aufenthalt. Bereits im Streichpreis berücksichtigt.
- › Kurtaxe ist zahlbar vor Ort (ca. € 2,30 p.P./Tag).
- › Verlängerung: Der Preis der Verlängerungswoche entspricht der jeweiligen Saisonzeit während des Aufenthalts.
- › Reiserücktritts-Versicherung empfehlenswert.
- › Veranstalter: Vital Tours GmbH, Schulstr. 15, 69427 Mudau. Es gelten die Reisebedingungen des Veranstalters (Einsicht möglich unter: www.kurdirekt.de/arb oder im aktuellen Katalog). Änderungen vorbehalten, maßgeblich ist die Reisebestätigung. Unsere Datenschutz-Bestimmungen finden Sie unter: www.kurdirekt.de/datenschutz



Anwendungsbeispiel

Reisecode: SOVD

Weitere Termine für 2026 finden Sie in unserem neuen Katalog 2026 - jetzt kostenlos anfordern!



Erleben Sie an Bord der 4+ VASCO DA GAMA die faszinierendsten Facetten der Ostsee. In Stockholm erwarten Sie eindrucksvolle Schärenlandschaften, königliches Erbe und eine lebendige Kulturszene. Die mittelalterliche Stadt Visby auf Gotland begeistert mit ihrer Wikinger Vergangenheit und vielfältigen Naturerlebnissen. Zum Abschluss heißt Sie Klaipėda willkommen – Litauens maritimes Tor zur Welt, geprägt von hanseatischem Flair und baltischer Tradition.

IHR REISEVERLAUF

Tag	Hafen	An	Ab
1	Abholung an Ihrer Haustür, Busreise nach Kiel und Einschiffung.		18:00 Uhr
2	Seetag		
3	Stockholm* ² (Schweden)	09:00 Uhr	
4	Stockholm* ² (Schweden)		17:30 Uhr
5	Visby (Schweden/Gotland)	07:00 Uhr	17:30 Uhr
6	Klaipėda (Litauen)	10:00 Uhr	20:00 Uhr
7	Seetag		
8	Kiel, Ausschiffung und Rückreise bis zu Ihrer Haustür.	08:00 Uhr	



Restaurant, 4+ VASCO DA GAMA



Kabinenbeispiel, 4+ VASCO DA GAMA



Oasis Pool, 4+ VASCO DA GAMA

INKLUSIV-LEISTUNGEN

- ✓ 7x Übernachtung an Bord der 4+ VASCO DA GAMA und Kreuzfahrt gemäß Reiseplan
- ✓ Vollpension an Bord
- ✓ Freie Nutzung der kostenfreien Bord-Einrichtung
- ✓ Freie Teilnahme am Unterhaltungsprogramm an Bord
- ✓ Kreuzfahrtleitung und deutschsprachige örtliche Reiseleitung
- ✓ Alle Hafen- und Passagiergebühren*¹
- ✓ Kofferservice zwischen Anlegestelle und Kabine bei Ein- und Ausschiffung

TERMINE & PREISE 2027 p.P.

In 2-Bett-Kabine	8 Tage / 7 Nächte
Abfahrtstermine: mittwochs	11.08.-18.08.2027
Kat. 2 Innenkabine	€ 1.469,-
Kat. 4 Außenkabine Bullauge	€ 1.749,-
Kat. 5 Außenkabine Fenster	€ 1.799,-
Kat. 13 Balkonkabine	€ 2.799,-
Kat. 15 Suite mit Balkon	€ 4.279,-
Kat. 16 Penthouse Suite	€ 6.449,-

ZUBUCHBARE LEISTUNGEN p.P.

- › Aufpreis An- und Abreise im modernen Fernbus: ab € 238,-
- › Aufpreis An- und Abreise im modernen Fernbus inkl. Haustürservice: ab € 460,-
- › Aufpreis Getränkepaket: ab € 133,-
- › Zuschlag für Kabinen zur Alleinbenutzung: ab 30%
- › Weitere Kabinenkategorien auf Anfrage.

Hinweise:

- *1 Ausgenommen ggfs. anfallende regionale Passagiergebühren und kommunale Abgaben.
- *2 VASCO DA GAMA liegt auf Reede.
- › Routenänderungen vorbehalten.
- › Reiserücktritts-Versicherung empfehlenswert.
- › Veranstalter: Vital Tours GmbH, Schulstr. 15, 69427 Mudau. Es gelten die Reisebedingungen des Veranstalters (Einsicht möglich unter: www.vitaltours.de/arb oder im aktuellen Katalog). Änderungen vorbehalten, maßgeblich ist die Reisebestätigung. Unsere Datenschutz-Bestimmungen finden Sie unter: www.reise-koenig.de/datenschutz

Reisecode: SOVD



Ihre Reiseroute

Beratung & Buchung:
0800 7235264
gebührenfrei / Mo.-Fr.: 9-17 Uhr

Online buchbar direkt unter:
www.mutsch-reisen.de
Folgen Sie uns auch auf Facebook und Instagram!

Beratung & Buchung:
0800 - 55 66 700
gebührenfrei / Mo.-Fr.: 9-17 Uhr

info@reise-koenig.de

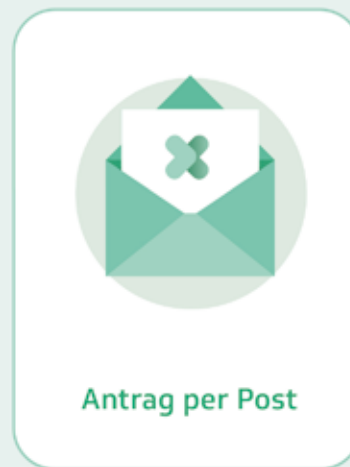
pflegetipp.de

Sie haben Fragen?
0211 54 22 98 07



Sie haben einen Pflegegrad?
Monatlich Pflegehilfsmittel
im Wert von bis zu 42€
kostenlos geliefert.

Nutzen Sie Ihren gesetzlichen Anspruch auf
Pflegehilfsmittel - ganz nach Ihren Bedürfnissen.



Antrag per Post



www.pflegetipp.de

Absender

Vor- und Nachname

Straße und Hausnummer

PLZ und Ort

Versicherungsart: gesetzlich privat

Ich möchte mehr Informationen zu den
zuzahlungsfreien Pflegehilfsmitteln erhalten

Entgelt
bereits
bezahlt

FK 5289 8462 00 3000 0010
KE Deutsche Post
RESPONSEPLUS



Best Care GmbH
Pflegehilfsmittel
Heltorfer Str. 12
40472 Düsseldorf

Für Menschen, die uns am Herzen liegen

Nutzen Sie zuzahlungsfreie Pflegehilfsmittel von meinPflegeset

Nach § 40 SGB XI ab Pflegegrad 1*

So einfach gehts:

- 1 **Unterlagen** telefonisch oder online **anfordern** oder auf unserer Webseite downloaden
- 2 **Antrag ausfüllen** und an uns zurück senden – wir kümmern uns um den Rest
- 3 **Pflegeset zuzahlungsfrei erhalten** und jederzeit an Ihre Bedürfnisse anpassen

*Setzt einen entsprechenden Bedarf laut § 40 Absatz 2 SGB XI und die Notwendigkeit im Einzelfall voraus.



Haben Sie Fragen?
kontakt@mein-pflegeset.de

Kostenfrei anrufen
0800 000 83 64 (Mo-Fr 8-20 Uhr)

Weitere Infos unter
www.mein-pflegeset.de

meinPflegeset - ein Service von Praxis Partner
Praxis Partner ist seit über 40 Jahren ein starker Partner an der Seite von Arztpraxen, medizinischen Versorgungszentren und ambulant operierenden Zentren in ganz Deutschland.



Praxis Partner GmbH
In den Fritzenstücker 9-11
65549 Limburg

kundenservice@praxis-partner.de
www.praxis-partner.de



MODERNES THEMENHOTEL · BUFFET-RESTAURANT · BARS



BURGCAFÉ · EVENTS · LIVE-MUSIK · WELLNESS · FRISEUR



Spar-Luchs Special

Erlebnisse, Gaumenfreuden, Entertainment, Wellness im Harz

- 7 Tage / 6 Übernachtungen Vollpension Plus inkl. großes Frühstücksbuffet
- 6 Mittag- und Abendessen vom großzügigen Buffet inkl. Eis und aller Getränke zu den jeweiligen Mahlzeiten im Restaurant „Burghof“
- **Wohlfühl- und Erlebnispaket** mit tollen Inklusivleistungen (u. a. Minibar mit täglich kostenfreien Softgetränken, Begrüßungsdrink, Live-Musik, Eintritt zu allen Veranstaltungen des Hotels, u. v. m.)
- **20% Rabatt** auf Hotel-Wellness-Angebot und **10% Rabatt** auf das Hotel-Friseur-Angebot (nach Voranmeldung und Verfügbarkeit)
- Wertgutschein Hotel-Shop
- Eintritt in das Luftfahrtmuseum in Wernigerode



Ihr Komplettpreis

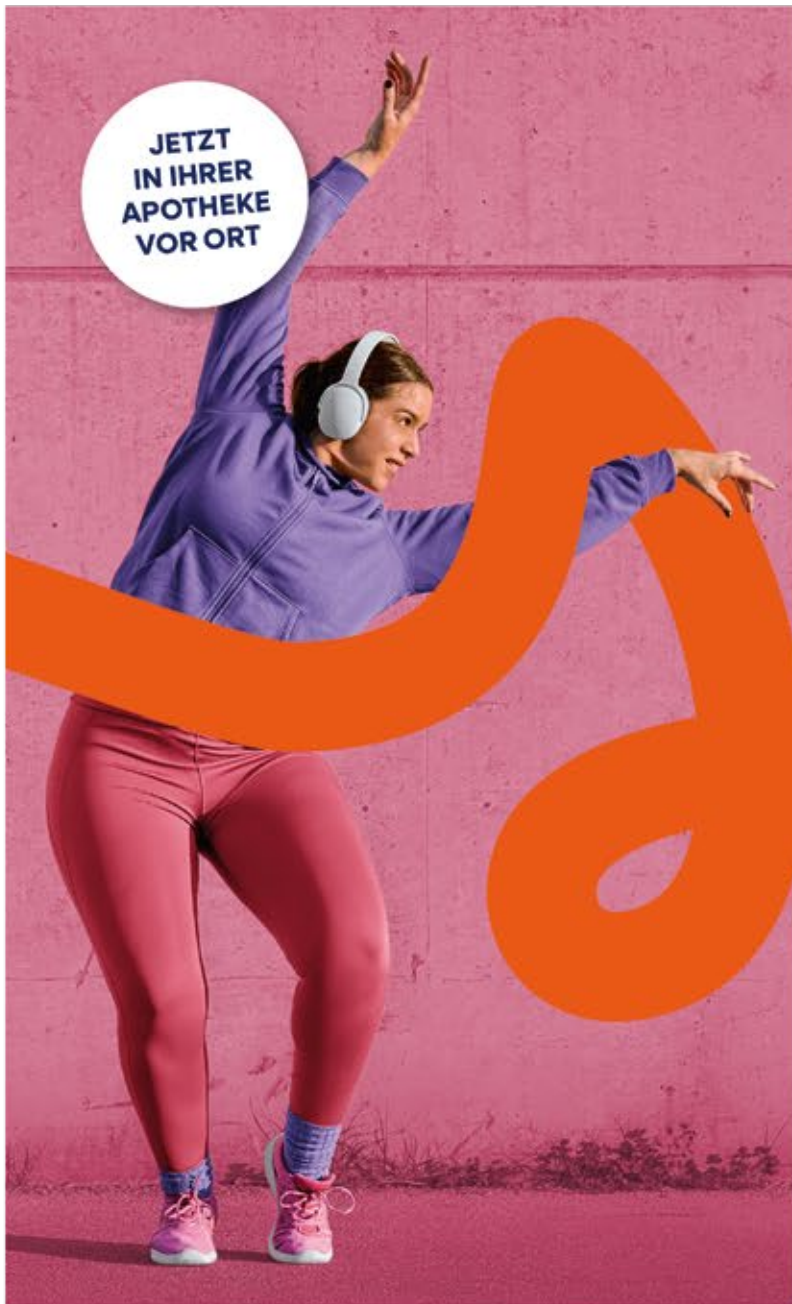
Angebot gültig im Zeitraum bis 20.12.26
Kinder 5-15J stark ermäßigt. Kinder 0-4J kostenfrei.

je Erw.
im DZ

600,- €

Alle Angebotspreise inkl. MwSt. zzgl. Kurtaxe.





**Kleine Drehung.
Großer Schwung.
Kleine Bewegung.
Große Wirkung.**



Alles zur Kraft der Bewegung
in unseren Magazinen.

**APOTHEKEN
Umschau**
Gesundheit hat einen Ort.



**Inklusive Reha- und
Mobilitätsmesse für Alle**



Ab sofort Tickets
online **günstiger**
erhalten!

irma-messe.de  

18. – 20. Juni 2026
Hamburg Messe + Congress



SOVD MITGLIEDERBEFRAGUNG 2026



Fotos: Robert Kneschke / TheWaterMeloonProjec / Adobe Stock, Montage: SoVD

Ihre Meinung ist uns wichtig!

Liebe Mitglieder,

vielleicht haben Sie es schon in der letzten Ausgabe gelesen: Der SoVD macht derzeit eine Mitgliederumfrage. Weil uns Ihre Meinung wichtig ist, bitten wir Sie um Ihre Unterstützung. Teilen Sie uns mit, welche Angebote und Themen Sie sich für die Zukunft wünschen. Wo liegen Verbesserungspotenziale? Helfen Sie uns, unseren Verband weiterzuentwickeln, und nehmen Sie mit Ihrer Stimme teil!

Die Befragung ist komplett anonym und dauert ca. zehn Minuten.

Gehen Sie einfach auf <https://survey.lamapoll.de/SoVDMitglieder2026/?Z=1> oder scannen Sie den QR-Code mit Ihrem Tablet oder Smartphone. Vielen Dank schon jetzt!



Impressum

SoVD – Soziales im Blick erscheint jeweils zum Monatsanfang (11 Ausgaben/Jahr). Herausgeber ist der Sozialverband Deutschland e.V., Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Vorstand: Michaela Engelmeier, Sandra Fehlborg. Der SoVD ist eingetragen beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg mit der Vereinsregisternummer VR 20029 B.

Redaktion: Veronica Sina (Redaktionsleitung, verantwortl./veo), Joachim Schöne (Stellv./jos), Eva Lebenheim (ele), Sebastian Triesch (str), Brigitte Grahl (bg), Denny Brückner (Druckvorstufe), Nancy Gühne (Redaktionsassistenz). E-Mail: redaktion@sovd.de.

Werbung: Veröffentlichte Anzeigen oder enthaltene Werbeeinlagen stellen keine Empfehlung des SoVD für Produkte oder Dienstleistungen dar.

Gewinnspiele: Der Bezug von „Soziales im Blick“ ist an eine Mitgliedschaft im SoVD gebunden. Zur Teilnahme an Verlosungen oder Gewinnspielen sind ausschließlich SoVD-Mitglieder berechtigt; Mitarbeitende der Bundesgeschäftsstelle sind davon ausgeschlossen. Anspruch auf einen Gewinn besteht nicht.

Anzeigenverwaltung: Agentur Neun GmbH, Pforzheimer Straße 132, 76275 Ettlingen,

Telefon: 07243/53 90 123 oder 0176/47 12 98 86 (mobil), E-Mail: sovd@agenturneun.de.

Druck und Verlag: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Auflage: Die verbreitete Auflage wurde von der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.



(IVW) geprüft. Sie betrug im 1. Quartal 2026 insgesamt 343.716 Exemplare. Zudem erhielten die vorliegende Ausgabe nach Verlagsangabe 91.957 Personen als E-Paper.

Datenschutz: Der SoVD verarbeitet personenbezogene Daten auf der Grundlage gesetzlicher Regelungen oder erteilter Einwilligungen. Informationen zum Datenschutz finden Sie unter www.sovd.de/kontakt/datenschutz.